



Bundesministerium
der Finanzen

Haushalt



Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2005



**Bericht des Bundesministeriums der
Finanzen über die Kreditaufnahme des
Bundes im Jahr 2005**

Inhalt

I.	Rechtsgrundlagen für das Kreditmanagement des Bundes und Inanspruchnahme der Kreditermächtigung im Jahr 2005	Seite 8
II	Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme im Jahr 2005	Seite 11
2.1	Kapitalmarkt und internationales Umfeld	Seite 11
2.2	Emissionstätigkeit des Bundes und makroökonomische Rahmenbedingungen	Seite 14
III.	Bundshaushalt und Kreditaufnahme im Jahr 2005	Seite 17
3.1	Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsdefizit des Bundshaushalts	Seite 17
3.2	Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen	Seite 18
3.3	Bruttokreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen	Seite 19
3.3.1	Eingliederung der Sondervermögen in die Bundesschuld	Seite 21
3.3.2	Die erste US-Dollar-Anleihe des Bundes	Seite 21
3.3.3	Aufstockung von Bundeswertpapieren - EU Richtlinie zur Besteuerung von Zinserträgen	Seite 23
3.4	Gesamtverschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen am Kapitalmarkt	Seite 24
3.5	Zinsausgaben des Bundes und seiner Sondervermögen	Seite 27
IV.	Instrumente und Verfahren des Kreditmanagements	Seite 33
4.1.	Tenderverfahren	Seite 33
4.2	Daueremissionen	Seite 36
4.3	Beschaffung kürzerfristiger Liquidität (Kassenverstärkungskredite)	Seite 36
4.4	Marktpflege in Bundeswertpapieren	Seite 38
4.5	Die Institutionen im Kreditmanagement des Bundes	Seite 39

V. Anhang

- 5.1 Übersicht "Bundeswertpapiere auf einen Blick" Seite 44
- 5.2 Bruttokreditaufnahme , Tilgungen und Zinszahlungen im Zeitraum
2001 bis 2005 Seite 47
- 5.3 Statistik der Bundesschuld nach dem Stand vom 31.12.2005
(Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sonder-
vermögen - soweit von der Bundeswertpapierverwaltung (BWpV)
verwaltet-) Seite 49
- 5.4 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel des Bundes ohne Sonderver-
mögen getrennt nach Ursprungslaufzeiten und Restlaufzeiten zum
31.12.2005 Seite 60
- 5.5 Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2005 zweckgebunden zur Schulden-
tilgung verwendeten Haushaltseinnahmen des Bundes und seiner
Sondervermögen sowie die Schuldenübernahme durch die Deutsche
Telekom AG nach der Privatisierung der Postunternehmen Seite 61
- 5.6 Jährliche Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen in
den Jahren 1990 bis 2005 Seite 62



Tabellen

Tabelle 1	Kreditermächtigungen des Bundes für 2005 in Mio Euro	Seite 10
Tabelle 2	Absatz und Erwerb festverzinslicher Wertpapiere am deutschen Rentenmarkt 2005 in Mrd Euro	Seite 15
Tabelle 3	Kreditaufnahme und Schuldentilgung des Bundes (ohne Sondervermögen) im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mrd Euro	Seite 17
Tabelle 4	Tilgungen von Bund und Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro	Seite 18
Tabelle 5	Bruttokreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro	Seite 19
Tabelle 6	Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro	Seite 24
Tabelle 7	Zinsausgaben des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro (ohne Zinsen für Kassenverstärkungskredite, Agio/Disagio, Zinsderivate sowie Verwaltungsausgaben)	Seite 27
Tabelle 8	Zinsausgaben und Zinseinnahmen des Bundes ohne Sondervermögen im Jahr 2005 nach Geschäftsarten	Seite 29
Tabelle 9	Emissionsrenditen der Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in %	Seite 30
Tabelle 10	Zinsbindungsfrist in Jahren des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2002 bis 2005	Seite 32
Tabelle 11	Rangliste der Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen 2005	Seite 35
Tabelle 12	Höchstbeträge der Inanspruchnahme von Kassenkrediten sowie dazugehörige Zinsausgaben und Zinseinnahmen im Haushaltsjahr 2005	Seite 37
Tabelle 13	Veränderung der Eigenbestände des Bundes im Jahr 2005 in Mio Euro	Seite 38
Tabelle 14	Marktpflege bei Wertpapieren des Bundes (ohne Sondervermögen) Stand 2004/ 2005 in Mio Euro	Seite 39

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

I. Rechtsgrundlagen für das Kreditmanagement des Bundes und Inanspruchnahme der Kreditermächtigung im Jahr 2005

Gemäß Artikel 115 Grundgesetz („Kreditbeschaffung“) bedarf die Aufnahme von Krediten einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmbaren Ermächtigung durch Bundesgesetz. Danach erhält das Bundesministerium der Finanzen (BMF) jährlich Ermächtigungen zur Kreditaufnahme gemäß § 18 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und im Haushaltsgesetz gemäß § 2 HG. Hierbei wird zwischen Kreditermächtigungen zur Deckung von Ausgaben („Haushaltskredite“) und Kreditermächtigungen zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft („Kassenverstärkungskredite“) unterschieden. Kassenverstärkungskredite dienen dem Ausgleich von Kassenschwankungen und können in unbesicherter Form in einer Höhe von bis zu 10 Prozent des Haushaltsvolumens abgeschlossen werden; in besicherter Form („Repo-Geschäfte“) nochmals in gleicher Höhe.

Die Aufnahme von Haushaltskrediten erfolgt einerseits als Anschlussfinanzierung für den fällig werdenden Teil der ausstehenden Bundesschuld gemäß der dem Haushaltsgesetz als Anlage beigefügten Finanzierungsübersicht des Bundeshaushaltsplanes und andererseits als Aufnahme neuer Kredite („Nettokreditaufnahme“). Das jeweilige Haushaltsgesetz enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur

Deckung der Differenz zwischen Einnahmen (ohne Kreditaufnahmen) und Ausgaben (ohne Tilgungen) des Bundeshaushaltsplanes, den so genannte „Nettokreditbedarf“. Um den Nettokreditbedarf und die erforderlichen Anschlussfinanzierungen zu decken, werden am Kapitalmarkt Kredite aufgenommen. Hier spricht man von der Bruttokreditaufnahme. Der für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Nettokreditermächtigung ist die nicht in Anspruch genommene Nettokreditermächtigung des Vorjahres gemäß § 18 Abs. 3 BHO hinzuzurechnen (Restkreditermächtigung). Die Summe der Nettokreditermächtigungen steht dem BMF nicht im vollen Umfang zur Verfügung, da ein Teil der neuen Nettokreditermächtigung mit einer Sperre belegt ist. Diese Sperre kann nur mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages aufgehoben werden.

Eine weitere Kreditermächtigung besteht für den unvorhergesehenen Bedarf zum Rückkauf von Bundeswertpapieren und zur Rückzahlung von Darlehen, soweit der in der Finanzierungsübersicht dafür genannte Betrag überschritten wird. Außerdem kann das BMF in bestimmtem Rahmen Geschäfte zur Optimierung der Zinsstruktur, zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, zur Marktpflege und zum Aufbau von Eigenbeständen zum Zweck der Wertpapierleihe abschließen.

Die parlamentarische Kontrolle des Kreditmanagements erfolgt durch das gemäß § 4a Bundeswertpapierverwaltungsgesetz (BWpVwG) eingerichtete Gremium des Haushaltsausschusses ("Gremium zu Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes"). Das Gremium wird vom BMF über alle Fragen des Schuldenmanagements des Bundes unterrichtet. In der 16. Legislaturperiode gehören dem Gremium die nachfolgenden neun Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages an:

Verzeichnis der Mitglieder des Gremiums zu Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes

Mitglied des Deutschen Bundestages	Steffen Kampeter, CDU/CSU	Vorsitzender
Mitglied des Deutschen Bundestages	Carsten Schneider, SPD	stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des Deutschen Bundestages	Bernhard Brinkmann, SPD (Hildesheim)	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Otto Fricke, FDP	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Jochen-Konrad Fromme, CDU/CSU	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Klaas Hübner, SPD	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Bartholomäus Kalb, CDU/CSU	
Mitglied des Deutschen Bundestages	Dr. Gesine Löttsch, Die Linke	

Die im Haushaltsgesetz 2005 erteilten Kreditermächtigungen hat der Bund wie folgt in Anspruch genommen:

Tabelle 1: Kreditermächtigungen des Bundes für 2005 in Mio Euro

Ermächtigungsgrundlage	Ermächtigungsbetrag	Davon am 31.12.2005 in Anspruch genommen
Kreditermächtigungen aufgrund des Haushaltsgesetzes 2005 vom 3. März 2005 (BGBl. I S. 467) einschließlich Entsperrung der Nettokreditermächtigung durch Beschluss des Haushaltsausschusses vom 2. Dezember 2005:		
§ 2 Abs. 1 (Nettokreditermächtigung)	22.000,00	
§ 2 Abs. 9 (gesperrt)	17.718,60	
§ 2 Abs. 9 (entsperrt)	13.000,00	
§ 18 Abs. 3 BHO (Restkreditermächtigung 2004)	18.990,10	
Ermächtigungsrahmen für Nettokreditaufnahme	36.271,50	31.184,22
<u>nachrichtlich:</u>		
§ 2 Abs. 2 (Anschlussfinanzierungen)*	192.908,91	192.908,91
§ 2 Abs. 3 (Vorgriffsermächtigungen)	10.172,00	0,00
§ 2 Abs. 5 (Marktpflegeermächtigung)**	6.439,47	6.439,47
§ 2 Abs. 6 Satz 1 (Zinsswaps)	80.000,00	35.632,00
§ 2 Abs. 6 Satz 2 (Zins- und Währungsswaps)	30.000,00	3.968,25
§ 2 Abs. 10 Satz 1 (Kassenverstärkungskredite, unbesichert)***	25.430,00	5.488,71
§ 2 Abs. 10 Satz 2 (Kassenverstärkungskredite, Repos)	25.430,00	9.773,24
§ 18 Abs. 3 BHO (Restkreditermächtigung 2005)	9.805,88	

* der Ermächtigungsrahmen betrug 194.272,16 Mio Euro

** der Ermächtigungsrahmen betrug 84.606,1 Mio Euro

*** siehe Anhang 5.3 Statistik der Bundesschuld, Teil B Zusammenfassung nach Schuldenarten

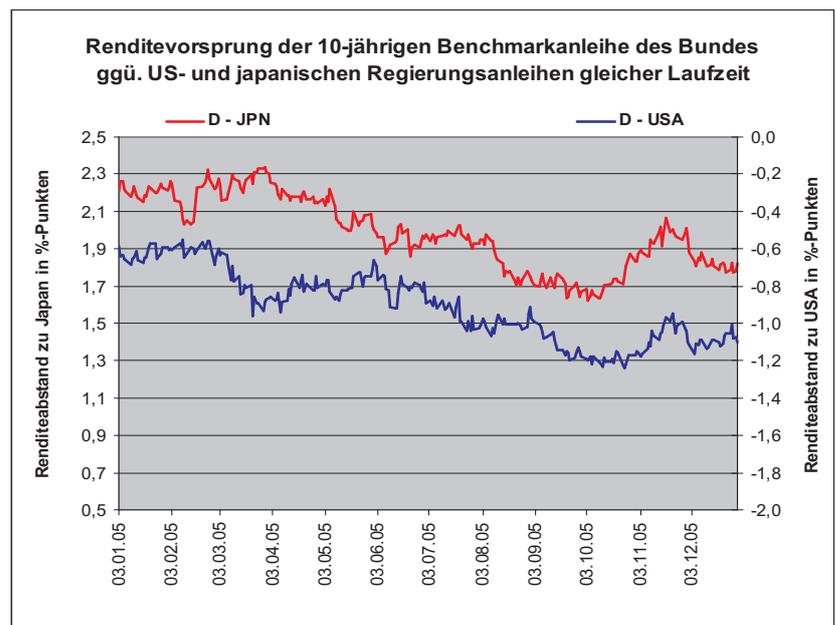
Der erhöhte Nettokreditbedarf verbunden mit der Entsperrung der im Haushaltsgesetz 2005 gesperrten Nettokreditermächtigung führte dazu, dass sich die Restkreditermächtigung 2005 gegenüber 2004 um rd. 9,2 Mrd Euro auf rd. 9,8 Mrd Euro vermindert hat.

II. Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme im Jahr 2005

2.1 Kapitalmarkt und internationales Umfeld

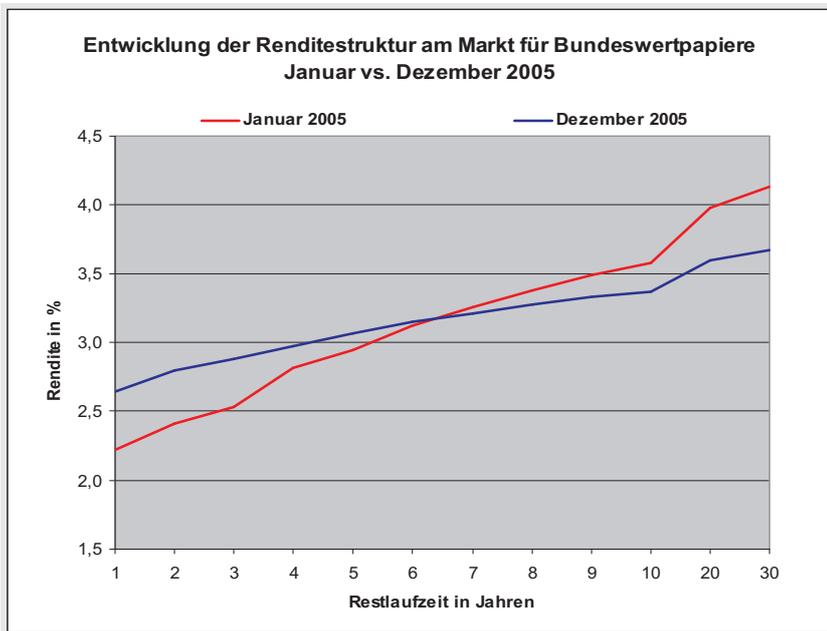
Das Jahr 2005 war von einer uneinheitlichen Zinsentwicklung an den internationalen Rentenmärkten gekennzeichnet, in deren Verlauf sich der Renditevorsprung von US-Staatsanleihen gegenüber deutschen Bundesanleihen weiter vergrößerte. Während die US-Zentralbank mit mehreren Zinsschritten für ein Ansteigen der kurzfristigen US-Geldmarktsätze sorgte, hob die Europäische Zentralbank den Mindestbietungssatz für ihre Hauptrefinanzierungsfazilität erst zum Jahresende von 2 auf 2,25 Prozent an. Schon vorher hatten sich am deutschen Kapitalmarkt deutliche Zinssteigerungstendenzen in den kurzen Laufzeitbereichen gezeigt.

Die Umlaufrendite für Bundeswertpapiere im einjährigen Laufzeitbereich stieg von September bis zum Jahresende um mehr als 50 Basispunkte. Dagegen hatte die Umlaufrendite der 10-jährigen Benchmarkanleihe des Bundes im September mit nur noch 3 Prozent einen Tiefstand erreicht. Sie erholte sich danach kurzzeitig wieder, bis im November ein erneuter Rückgang einsetzte. Bis zum Jahresende hielt sie diese Tendenz unbeeindruckt von der Leitzinserhöhung durch.

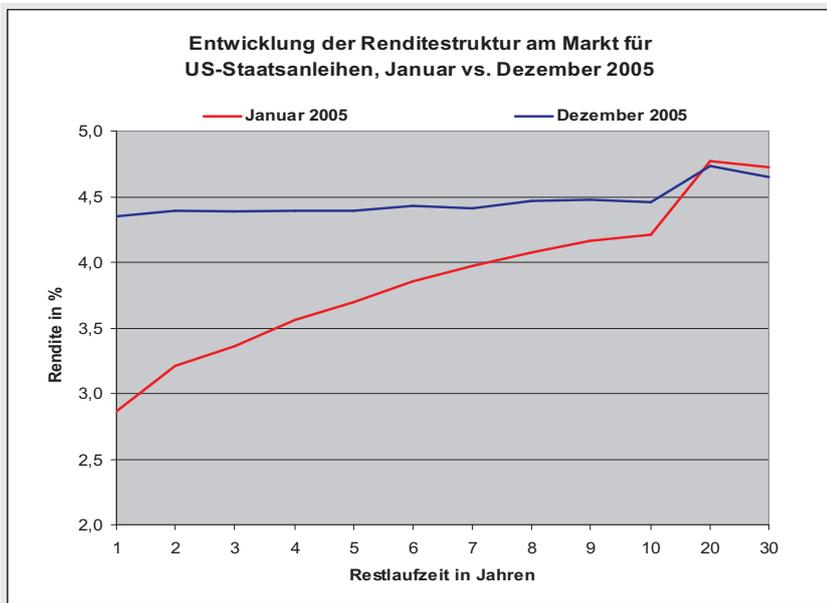


Abbildung

Quelle: Reuters/ EcoWin

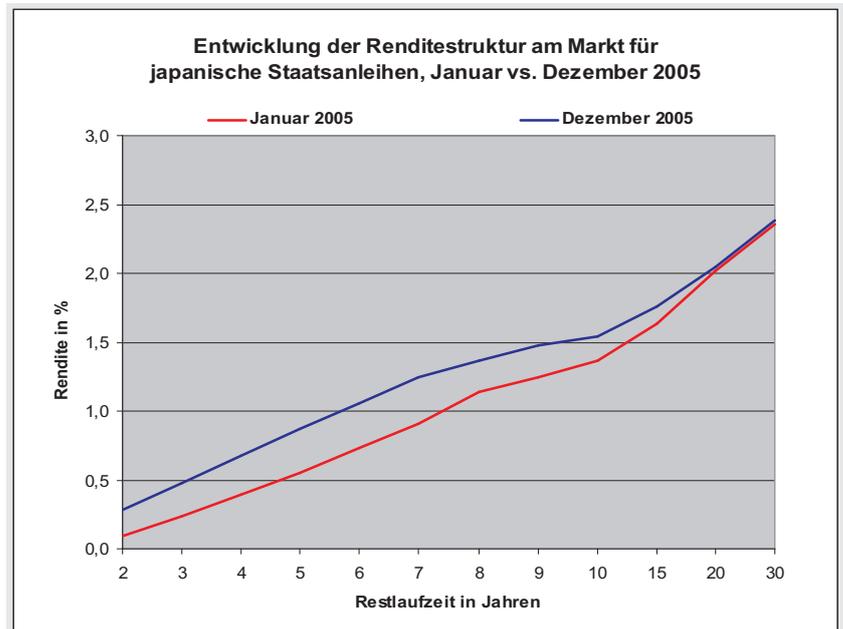


Insgesamt ergab sich zum Jahreschluss eine Senkung der 10-jährigen Benchmarkrendite für Bundesanleihen von 20 Basispunkten gegenüber dem Jahresbeginn und eine flachere, jedoch nicht inverse Zinsstruktur. Der Abstand der 10-jährigen Bundesanleihe zum Mindestbietungssatz der Europäischen Zentralbank betrug zum Jahresende immer noch mehr als 100 Basispunkte.

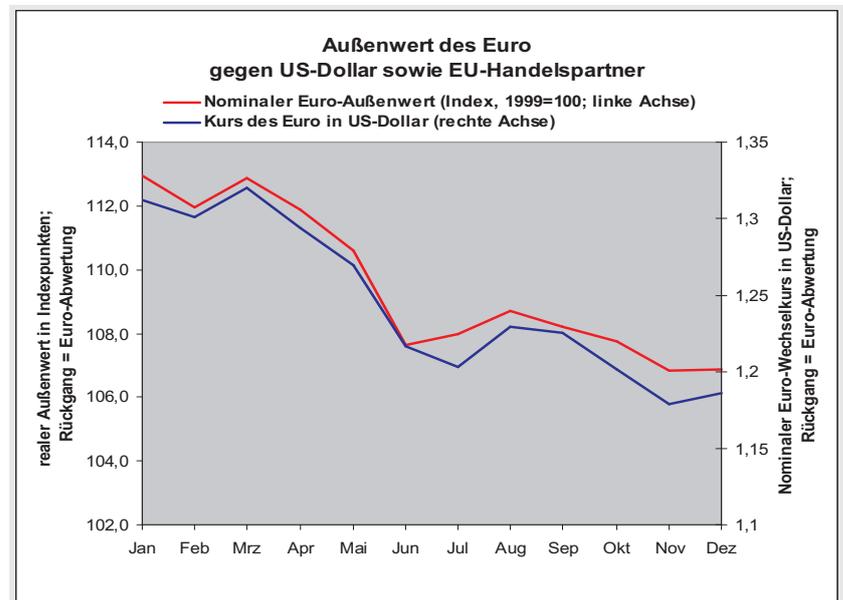


Der Erhöhung des geldpolitischen Leit-zinses durch die Notenbank der Vereinigten Staaten von Amerika - in acht gleichmäßigen Schritten von 2,25 Prozent zu Jahresbeginn auf 4,25 Prozent zu Jahreschluss - folgten zwar die Umlaufrenditen von Anleihen der Bundesregierung der USA. Diese Entwicklung setzte sich allerdings erst im zweiten Halbjahr vollständig durch, so dass die Zinsstruktur am US-Kapitalmarkt zum Jahresende eine Differenz von weniger als 15 Basispunkten zwischen 10-jährigen Staatsanleihen und den Geldmarktzinssätzen aufwies.

In Japan blieben bei verbesserter Konjunkturlage und einem sich stetig stabilisierenden Bankensektor sowohl der Diskontsatz der Bank von Japan als auch die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen im Jahresverlauf praktisch konstant. Die Erwartung einer gewissen Liquiditätsverknappung führte zu einem geringen Anstieg der Umlaufrendite kürzerfristiger Regierungsanleihen. Dem deutschen Renditeniveau näherten sich die japanischen Regierungsanleihen damit insgesamt leicht an.



Der Euro wertete im Jahresverlauf 2005 stetig ab. Gegenüber einem Korb der 42 wichtigsten Handelspartner der Euro-Mitgliedstaaten betrug der Rückgang des nominalen Außenwerts gut fünf Prozent, zum US-Dollar sogar gut neun Prozent.



2.2 Emissionstätigkeit des Bundes und makro-ökonomische Rahmenbedingungen

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2005 um real 0,9 Prozent¹. Dabei blieb es bei der nun schon seit geraumer Zeit andauernden heterogenen Entwicklung außenwirtschaftlicher Stärke und binnenwirtschaftlicher Schwäche. So trugen der Außenbeitrag 0,6 Prozentpunkte, Vorratsveränderungen 0,3 Prozentpunkte und die gesamte inländische Verwendung (ohne Vorräte) 0,0 Prozentpunkte zum Wachstum bei.

Die private Spartätigkeit stieg mit 3,2 Prozent bei einem Wachstum der verfügbaren Einkommen um nur 1,5 Prozent stark überproportional an. Die gestiegene inländische Spartätigkeit wirkte aber nicht am deutschen Rentenmarkt. Dort stießen Inländer Rentenwerte deutscher Emittenten per saldo sogar ab. In der Nettobetrachtung, d.h. nach der Saldierung von Wertpapierkäufen und -verkäufen, gaben inländische Nichtbanken Papiere inländischer Emittenten im Umfang von 23 Mrd Euro ab; hinzu kam ein Nettoverkauf deutscher Kreditinstitute in Höhe von 22 Mrd Euro.

Der Zukauf ausländischer Anleihen durch inländische Nichtbanken fiel mit 64 Mrd Euro zwar deutlich höher aus als im Vorjahr, insgesamt sank der Gesamterwerb festverzinslicher Wertpapiere durch inländische Anleger dennoch um 6 Mrd Euro. Per saldo entfiel der Nettoerwerb festverzinslicher Wertpapiere deutscher Emittenten somit ausschließlich auf Ausländer.

Der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz spiegelte sich in einem hohen negativen Kapitalverkehrssaldo wider, den die Deutsche Bundesbank mit 100,1 Mrd Euro ausweist². Die beschriebene Situation am deutschen Rentenmarkt bedeutet jedoch, dass der Saldo bei den festverzinslichen Wertpapieren positiv ausfiel. Deutsche Anleger erwarben ausländische Anleihen in einem Netto-Umfang von 148 Mrd Euro, während der Erwerb deutscher Rentenwerte durch Ausländer insgesamt 156 Mrd Euro betrug. Die aus dem Ausland stammende Netto-Nachfrage nach deutschen Anleihen spielt eine wichtige Rolle bei der Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Bund.

Der im Vergleich zum Vorjahr zunehmende Netto-Gesamtabsatz am deutschen Rentenmarkt (entspricht dem Brutto-Emissionsvolumen abzüglich geleisteter Tilgungen) ging im Wesentlichen auf die gestiegene Emissionstätigkeit ausländischer Emittenten zurück. Der Bund nahm den Markt für festverzinsliche Wertpapiere netto mit 31,0 Mrd Euro in Anspruch, im Vergleich zu 42,6 Mrd Euro im Vorjahr.

¹ Um den Effekt der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Anzahl von Arbeitstagen bereinigt betrug das Wachstum 1,1 Prozent.

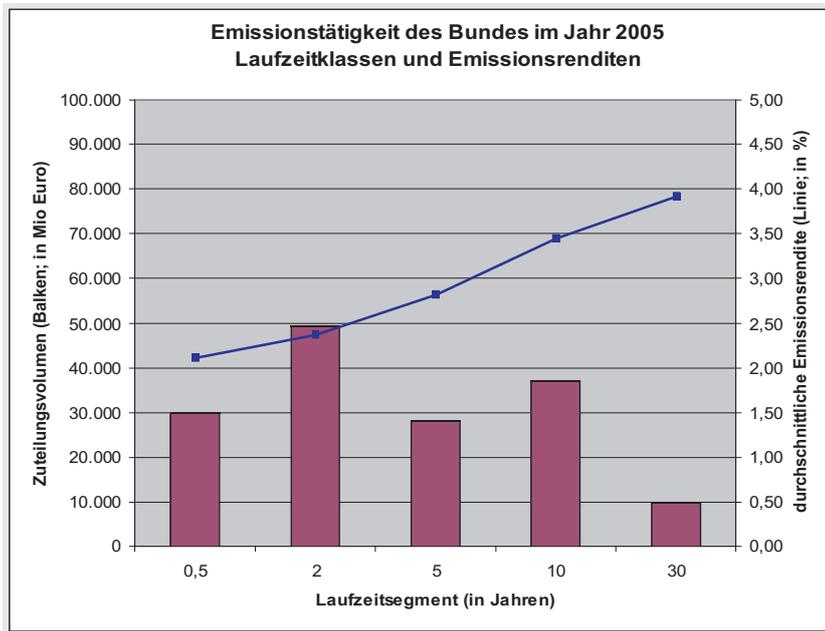
² Monatsbericht März 2006

Insgesamt stellten sich Absatz und Erwerb am deutschen Rentenmarkt im Jahr 2005 wie folgt dar:

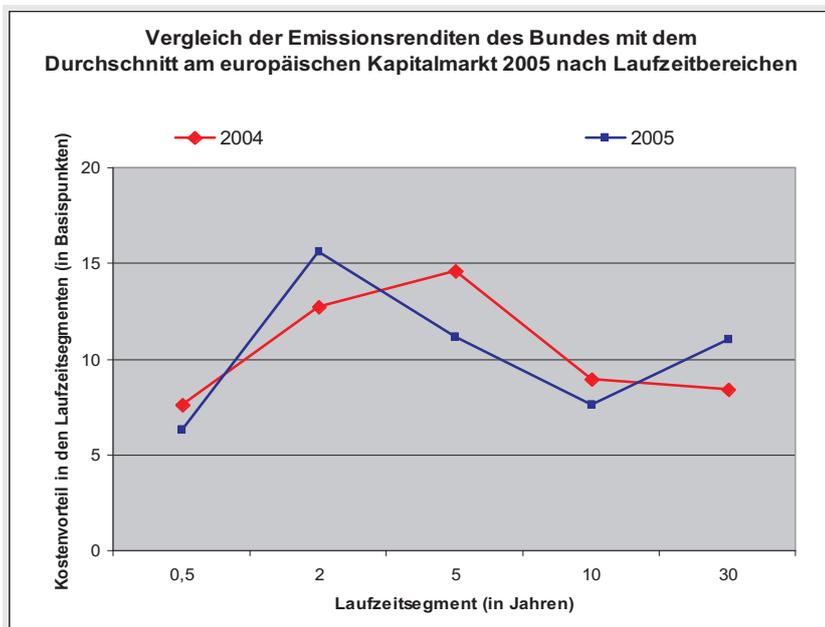
Tabelle 2: Absatz und Erwerb festverzinslicher Wertpapiere am deutschen Rentenmarkt 2005 in Mrd Euro

Absatz		=	Erwerb		
			inländische Nichtbanken	inländische Kreditinstitute	Ausländer
1. Quartal	113,1		15,2	46,4	51,4
	darunter:				
	ausländische Rentenwerte	Bundeswert- papiere*)			
	52,2	8,4			
2. Quartal	104,7		15,3	26,8	62,5
	darunter:				
	ausländische Rentenwerte	Bundeswert- papiere*)			
	48,2	6,2			
3. Quartal	30,0		14,9	-10,2	25,3
	darunter:				
	ausländische Rentenwerte	Bundeswert- papiere*)			
	13,7	10,3			
4. Quartal	10,9		-4,5	-1,3	16,8
	darunter:				
	ausländische Rentenwerte	Bundeswert- papiere*)			
	34,1	6,2			
Gesamtjahr	258,7		40,9	61,7	156,0
	darunter:				
	ausländische Rentenwerte	Bundeswert- papiere*)			
	148,1	31,0			

*) Gesamtabsatz einschl. Einmalemissionen, Daueremissionen, Marktpflege und Schuldscheindarlehen
Quelle: Deutsche Bundesbank, BMF



Der Ankündigung der vierteljährlichen Emissionskalender entsprechend nutzte der Bund alle etablierten Laufzeitbereiche. Der hohen Aufnahmebereitschaft des Marktes und der nach wie vor günstigen Zinssituation entsprechend lag dabei ein Gewicht der Emissionstätigkeit auf dem zweijährigen Laufzeitbereich. Einen zweiten Schwerpunkt legte die im Auftrag des Bundes tätige Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) auf das etablierte und ebenfalls sehr aufnahmefähige Segment der 10-jährigen Benchmarkanleihen des Bundes, auch wenn sich hier die Zinssituation nicht mehr ganz so vorteilhaft darstellte, wie dies im Vorjahr noch der Fall gewesen war.



Insgesamt konnten die Emissionen des Bundes mit einem deutlichen Kostenvorteil abgesetzt werden, der am Kapitalmarkt (Laufzeiten größer als zwei Jahre) ebenso wie im Vorjahr durchschnittlich 12 Basispunkte (Hundertstel Prozentpunkte) betrug³.

³verglichen mit taggleichen Euro-Swaprenditen am Interbankenmarkt

III. Bundeshaushalt und Kreditaufnahme im Jahr 2005

3.1 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsdefi- zit des Bundeshaushalts

Im Jahr 2005 betrug der negative Finanzierungssaldo des Bundeshaushalts 31,4 Mrd Euro. Der nach Abzug der Einnahmen aus dem Münzgewinn von 0,2 Mrd Euro verbleibende Nettokreditbedarf von 31,2 Mrd Euro wurde gedeckt durch eine Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt in Höhe von 31,0 Mrd Euro sowie aus Sonstigen Einnahmen (Länderbeiträge nach dem Gesetz zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen (ARG)) und haushalterische Umbuchungen von je 0,1 Mrd Euro.

Tabelle 3: Kreditaufnahme und Schuldentilgung des Bundes
(ohne Sondervermögen) im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mrd Euro

	Jahr				
	2001	2002	2003	2004	2005
Negativer Finanzierungssaldo des Bundeshaushalts	22,9	32,7	39,2	39,8	31,4
Münzgewinn	0,1	0,9	0,6	0,3	0,2
Nettokreditbedarf	22,8	31,9	38,6	39,5	31,2
Bruttokreditaufnahme am Kapitalmarkt	134,1	179,1	228,0	227,1	224,0
Sonstige Einnahmen zur Nettotilgung (z.B. Bundesbankmehrgewinn, Länderbeiträge nach ARG)	37,9	7,9	2,1	0,1	0,1
Haushalterische Umbuchungen	3,5	2,0	-4,8	-2,8	0,1
Tilgungen	152,5	157,0	186,9	184,6	193,0

3.2 Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen

Die Tilgungsleistungen des Bundes beliefen sich im Jahr 2005 auf 193,0 Mrd Euro. Tabelle 4 zeigt außerdem die Tilgungsleistungen der Sondervermögen des Bundes sowie die Aufteilung aller geleisteten Tilgungszahlungen auf die einzelnen Instrumente.

Tabelle 4: Tilgungen von Bund und Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Bund	152.455	156.986	186.876	184.620	193.030
darunter					
Einmalemissionen	84.663	123.046	170.410	167.591	175.633
Bundesanleihen	21.474	36.302	49.595	28.632	29.168
Bundesobligationen	19.927	24.083	23.239	17.699	26.995
Bundesschatzanweisungen	22.000	24.000	40.000	50.000	48.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	21.262	38.661	57.576	71.259	71.470
Privatkundengeschäft	17.030	17.266	11.247	7.615	3.178
Bundesschatzbriefe	11.523	10.798	6.346	3.759	1.068
Finanzierungsschätze	1.402	1.407	1.200	1.055	856
Bundesobligationen	4.104	5.061	3.701	2.801	1.255
Schuldscheindarlehen	15.277	14.878	7.766	8.805	13.009
Sonstige Schulden (u.a. MTN, Ausgleichsfonds Währungsumstellung, Erblastentilgungsfonds)	35.760	1.797	1.200	1.180	1.209
abzüglich Mitschuld	275	-	3.748	572	-
Bundesobligationen	-	-	-	500	-
Bundesschatzanweisungen	275	-	3.748	72	-
Fonds "Deutsche Einheit"	19.798	20.723	10.573	674	-
darunter					
Anleihen des FDE	8.692	9.715	-	-	-
Mitschuld des FDE	275	-	3.748	572	-
Bundesobligationen	-	-	-	500	-
Bundesschatzanweisungen	275	-	3.748	72	-
Schuldscheindarlehen	10.831	11.008	6.825	102	-
Entschädigungsfonds	-	-	-	205	504
darunter					
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	205	504
ERP-Sondervermögen	2.362	3.266	3.231	1.061	3.134
darunter					
Anleihen des ERP-Sondervermögens	-	2.556	3.068	-	-
Schuldscheindarlehen	2.362	710	164	1.061	3.134

3.3 Bruttokreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen

Die für den Bund und die Sondervermögen an den Kapitalmärkten durchgeführte Bruttokreditaufnahme, welche neben der Finanzierung des Haushaltsdefizits u.a. auch Anschlussfinanzierungen und Marktpflegeoperationen umfasst, betrug 224,4 Mrd Euro. Davon entfielen auf den Bund Kreditaufnahmen in Höhe von 224,0 Mrd Euro und 0,4 Mrd Euro auf zugeteilte Inhaberschuldverschreibungen des Entschädigungsfonds.

Tabelle 5: Bruttokreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Bund inklusive Sondervermögen	156.334	203.203	241.424	227.511	224.452
darunter					
Einmalemissionen	135.087	187.975	218.396	224.735	225.558
Bundesanleihen	38.000	58.000	64.000	59.000	62.673
Bundesobligationen	26.059	37.182	41.596	35.470	34.438
Bundesschatzanweisungen	40.000	45.000	48.000	59.000	57.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	31.028	47.793	64.800	71.265	71.447
Privatkundengeschäft	4.637	4.458	2.425	3.156	2.608
Bundesschatzbriefe	1.927	2.301	1.325	1.731	1.346
Finanzierungsschätze	1.244	1.360	841	895	950
Bundesobligationen	1.466	797	259	530	312
Schuldscheindarlehen	13.968	14.656	15.987	7.189	2.320
Inhaberschuldverschreibungen des Entschädigungsfonds	80	80	99	137	406
abzüglich Eigenbestandsveränderungen	-2.562	3.967	-4.535	7.724	6.412
Veränderungen der Forderungen aus der Wertpapierleihe	-	-	18	-17	28

Tabelle 5: Fortsetzung

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Bund	134.105	179.087	227.999	227.149	224.047
darunter					
Einmalemissionen	122.088	174.253	209.610	224.511	225.558
Bundesanleihen	36.249	44.400	59.752	58.776	62.673
Bundesobligationen	18.559	37.131	41.596	35.470	34.438
Bundesschatzanweisungen	36.252	44.928	43.462	59.000	57.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	31.028	47.793	64.800	71.265	71.447
Privatkundengeschäft	4.637	4.458	2.425	3.156	2.608
Bundesschatzbriefe	1.927	2.301	1.325	1.731	1.346
Finanzierungsschätze	1.244	1.360	841	895	950
Bundesobligationen	1.466	797	259	530	312
Schuldscheindarlehen	5.336	4.723	11.541	7.186	2.320
abzüglich					
Eigenbestandsveränderungen	-2.044	4.346	-4.442	7.722	6.411
Veränderungen der Forderungen aus der Wertpapierleihe	-	-	18	-17	28
Fonds "Deutsche Einheit"	19.011	20.526	10.232	227	-
darunter					
Mitschuld Einmalemissionen	11.248	10.673	5.786	224	-
Bundesanleihen	-	10.602	1.248	224	-
Bundesobligationen	7.500	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	3.748	72	4.538	-	-
Schuldscheindarlehen	7.372	9.716	4.446	3	-
abzüglich					
Eigenbestandsveränderungen	-391	-136	-	-	-
ERP-Sondervermögen	3.137	3.505	3.092	-	-
darunter					
Mitschuld Einmalemissionen	1.751	3.049	3.000	-	-
Bundesanleihen	1.751	2.998	3.000	-	-
Bundesobligationen	-	51	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	1.260	217	-	-	-
abzüglich					
Eigenbestandsveränderungen	-126	-240	-92	-	-
Entschädigungsfonds	81	84	100	135	405
darunter					
Inhaberschuldverschreibungen	80	80	99	137	406
abzüglich					
Eigenbestandsveränderungen	-1	-4	-1	2	1

3.3.1 Eingliederung der Sondervermögen in die Bundesschuld

Nachdem der Erblastentilgungsfonds, der Ausgleichsfonds Steinkohle und auch die Verbindlichkeiten des Bundeseisenbahnvermögens schon mit dem Gesetz über die Eingliederung der Schulden von Sondervermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999 Bestandteile der Bundesschuld geworden waren, erfolgte im Berichtsjahr neben dem Übergang der Rechte und Pflichten des Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) auf den Bund insbesondere die Eingliederung der Verbindlichkeiten des Fonds "Deutsche Einheit" (FDE) in die Bundesschuld. Gemäß § 6a des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds "Deutsche Einheit" wurde dieser Fonds ab dem 1. Januar 2005 vom Bund als Mitschuldner übernommen. Im Innenverhältnis ist der Bund Alleinschuldner dieser Schulden, die ab dem Berichtsjahr nicht mehr separat ausgewiesen werden. Nach der Schuldübernahme des FDE durch den Bund sind als Sondervermögen der Entschädigungsfonds und das ERP-Sondervermögen verblieben.

Die Zuteilungen von Inhaberschuldverschreibungen des Entschädigungsfonds wurden in 2005 abgeschlossen. Zuteilungen erhielten Personen, die nach dem Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (EALG) Anrecht auf eine Entschädigung haben. Mit den Tilgungen von Inhaberschuldverschreibung wurde 2004 begonnen. Die letzte Tranche wird 2008 fällig.

Wie 2004 hat das ERP-Sondervermögen 2005 keine neuen Kredite aufgenommen.

3.3.2 Die erste US-Dollar - Anleihe des Bundes

Die Finanzagentur nutzte 2005 das große Interesse ausländischer Anleger an deutschen Titeln, um durch die Emission der ersten auf US-Dollar lautenden Anleihe der Bundesrepublik Deutschland zusätzliche Ersparnisse für den Bundeshaushalt zu erzielen. Die Kombination niedriger Kapitalmarktzinsen in den USA und einer einsetzenden Abwertungstendenz des Euro eröffnete im ersten Halbjahr 2005 die Möglichkeit eines risikofreien Kostenvorteils, indem eine Fremdwährungsanleihe mit fünfjähriger Laufzeit nicht in der Heimatwährung Euro, sondern in US-Dollar emittiert wurde. Dementsprechend erfolgte die Erstemission einer US-Dollar-Anleihe durch die Bundesrepublik Deutschland am 24. Mai 2005. Ihr Volumen beträgt 5 Mrd US-Dollar (ca. 3,97 Mrd Euro) bei einer Laufzeit von 5 Jahren; die Emissionsrendite betrug 3,93 Prozent.

Die Finanzagentur organisierte den Erstverkauf über ein Konsortium mit 3 Konsortialführern und 10 weiteren internationalen Investmentbanken. Das Einsparvolumen gegenüber einer vergleichbaren fünfjährigen Euro-Anleihe beträgt ca. 5,8 Mio Euro pro Jahr. Neben der Erzielung dieses Kostenvorteils war ein Emissionsziel, eine Erhöhung der Nachfrage auch nach Euroanleihen und damit positive Auswirkungen auf die Finanzierungskonditionen des Bundes insgesamt zu erreichen. Hierdurch sollen neue Investorenkreise insbesondere im asiatischen Raum sowie unter amerikanischen Großanlegern erschlossen werden.

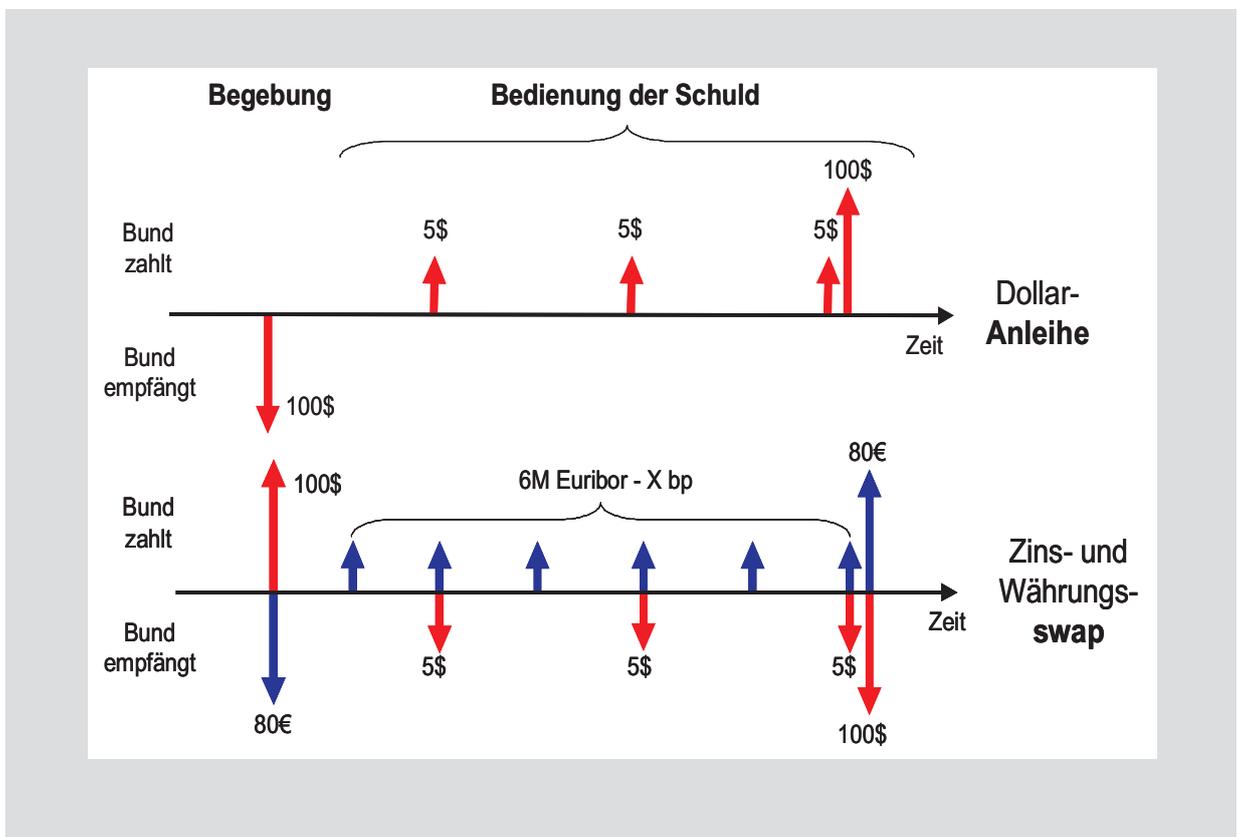
Dem Bund entstanden aus der Begebung der Anleihe keine Währungsrisiken, da die Finanzagentur die in der Zukunft anfallenden Zahlungsströme (Nettoerlös sowie Zins- und Tilgungszahlungen) zeitgleich an den internationalen Terminmärkten in auf Euro lautende Verpflichtungen umtauschte.

Mit einem Emissionsvolumen von 5 Mrd US-Dollar stellte die Emission die größte US-Dollar-Anleihe dar, die ein nichtamerikanischer Schuldner im Marktsegment staatlicher und supranationaler Emittenten bislang aufgelegt hat.

Für den Auftritt im Dollar-Markt wurde ein flexibler Ansatz gewählt, der auch in Zukunft beibehalten werden soll.

Die Begebung der Fremdwährungsanleihe erfolgte im Hinblick auf einen ausreichenden und risikolosen Finanzierungsvorteil gegenüber einer vergleichbaren Finanzierung in Euro. Da ein solcher Finanzierungsvorteil wegen der Tendenz der Kapitalmärkte, solche sogenannten "Arbitrage"-Möglichkeiten zu schließen, nicht regelmäßig vorliegt, muss die Begebung weiterer Fremdwährungsanleihen von der jeweils aktuellen Markteinschätzung abhängen. Daher ist nicht beabsichtigt, Fremdwährungsanleihen zu einem festen Bestandteil der jährlichen Emissionsplanung des Bundes zu machen.

Das Transaktionsmuster für eine Fremdwährungsanleihe des Bundes wird durch die folgende schematische Darstellung verdeutlicht:



In diesem Beispiel wird angenommen, dass dem Bund durch die Begebung einer US-Dollar-Anleihe ein Zahlungsstrom in Höhe von 100 US-Dollar zufließt. Dabei wird unterstellt, dass die Begebung zu pari erfolgt, d.h. der Nettoerlös entspricht dem Nennwert der Anleihe. Ferner wird angenommen, dass der Bund während der Laufzeit der Anleihe auf den Nennwert von 100 US-Dollar einen jährlichen Kupon von 5 US-Dollar zahlt. Bei Fälligkeit der Anleihe ist der Nennwert in Höhe von 100 US-Dollar zu tilgen. In diesem Beispiel würde der Bund zum Begebungszeitpunkt mit Hilfe eines Zins- und Währungsswaps zunächst die 100 US-Dollar aus dem Verkauf der Anleihe gegen den entsprechenden Euro-Gegenwert tauschen.

Im Beispiel wurde ein Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro von 1,25 unterstellt, so dass der Bund aus dem Zins- und Währungsswap einen Erlös von 80 Euro erhält. Über die Laufzeit der Anleihe erhält der Bund vom Swappartner jährliche Kuponzahlungen in Höhe von 5 US-Dollar und zahlt diesem halbjährlich einen variablen Geldmarktsatz abzüglich eines festgelegten Abschlags von x Basispunkten. Die Zinszahlungen, die der Bund aus dem Swap empfängt, werden so vereinbart, dass sie exakt den Verpflichtungen des Bundes aus der Anleihe entsprechen. Bei Fälligkeit des Swaps, die mit der Fälligkeit der Anleihe übereinstimmt, werden die bei Abschluss des Swaps ausgetauschten Nominalbeträge wieder zurückgetauscht. Der Bund empfängt aus dem Swap bzw. zahlt im Swap die zu der US-Dollar-Anleihe korrespondierenden Zahlungsströme, so dass für den Bund während der Laufzeit der Anleihe kein Währungsrisiko besteht. Vielmehr entsteht durch die Saldierung der Zahlungsströme für den Bund die Zahlungsstruktur einer in Euro denominierten festverzinslichen Anleihe.

3.3.3 Aufstockung von Bundeswertpapieren - EU Richtlinie zur Besteuerung von Zinserträgen

Die Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen sowie die Zinsinformationsverordnung vom 26. Januar 2004 nahmen Wertpapiere, die vor dem 1. März 2001 begeben und nicht nach dem 28. Februar 2002 aufgestockt wurden, von ihrem Anwendungsbereich aus. Um zu verhindern, dass dadurch ein Teil des umlaufenden Bundeswertpapierbestandes von den Anforderungen der Richtlinie insbesondere zum Informationsaustausch mit den Steuerbehörden, ausgenommen sind, hat der Bund im Juni 2005 alle Bundeswertpapiere, die unter die Ausnahmeregelung gefallen wären, durch kleine Aufstockungsvolumina in den Anwendungsbereich der Richtlinie gebracht. Das Aufstockungsvolumen der 22 Bundesanleihen und 3 Bundesobligationen belief sich auf insgesamt ca. 4,45 Mrd Euro und kam vollständig der Marktpflegequote zugute.

Der zusätzliche Eigenbestand wurde eingesetzt, um die Flexibilität des Bundes am Sekundärmarkt zu erhöhen. Durch die Aufstockung der Bundeswertpapiere wurde die Nettokreditaufnahme des Bundes nicht verändert.

3.4 Gesamtverschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen am Kapitalmarkt

Nach den im Jahr 2005 durchgeführten Tilgungen und der Bruttokreditaufnahme betrug die Gesamtverschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen zum Jahresende 2005 insgesamt 888,1 Mrd Euro. Davon entfielen auf den Bund 872,7 Mrd Euro, auf das ERP-Sondervermögen 15,1 Mrd Euro und 0,3 Mrd Euro auf den Entschädigungsfonds.

Tabelle 6: Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen
im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro

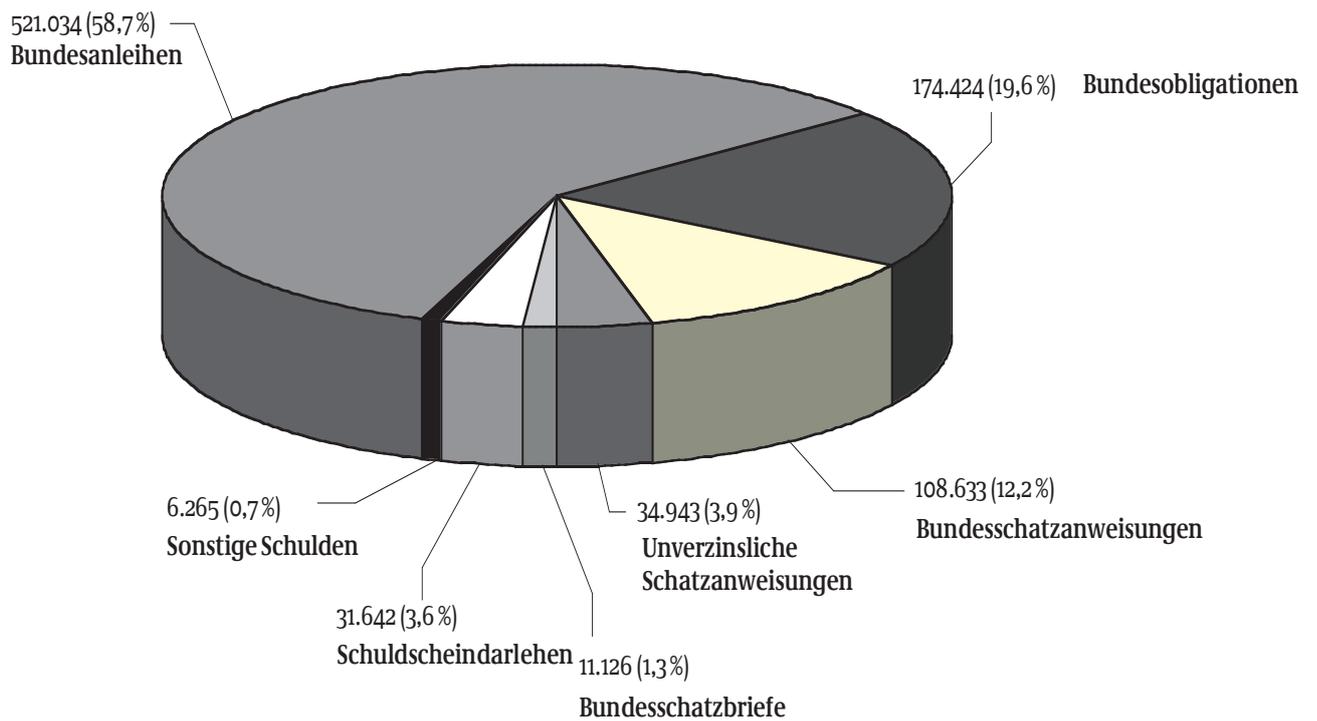
Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Bund inklusive Sondervermögen	756.361	778.588	819.331	860.283	888.067
darunter					
Einmalemissionen	657.885	710.543	755.461	812.605	862.531
Bundesanleihen	456.582	466.009	477.346	507.713	541.218
Bundesobligationen	117.825	130.924	149.281	167.052	174.495
Bundesschatzanweisungen	64.000	85.000	93.000	102.000	111.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	19.478	28.610	35.834	35.840	35.817
Privatkundengeschäft	42.964	30.156	21.334	16.875	16.305
Bundesschatzbriefe	26.394	17.897	12.875	10.848	11.126
Finanzierungsschätze	1.645	1.598	1.239	1.079	1.174
Bundesobligationen	14.926	10.661	7.219	4.948	4.005
Schuldscheindarlehen	58.952	47.012	48.244	45.465	31.642
Inhaberschuldverschreibungen des Entschädigungsfonds	290	370	469	402	304
Sonstige Schulden	10.177	8.381	7.180	6.000	4.791
abzüglich Eigenbestand	13.907	17.874	13.339	21.062	27.475
Forderungen aus der Wertpapierleihe	-	-	18	1	30

Tabelle 6: Fortsetzung

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Bund	697.277	719.378	760.501	803.031	872.701
darunter					
Einmalemissionen	612.779	663.987	706.935	764.426	852.311
Bundesanleihen	425.358	433.457	443.614	473.758	531.050
Bundesobligationen	107.691	120.739	139.096	157.367	174.444
Bundesschatzanweisungen	60.252	81.180	88.390	97.462	111.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	19.478	28.610	35.834	35.840	35.817
Privatkundengeschäft	42.964	30.156	21.334	16.875	16.305
Bundesschatzbriefe	26.394	17.897	12.875	10.848	11.126
Finanzierungsschätze	1.645	1.598	1.239	1.074	1.174
Bundesobligationen	14.926	10.661	7.219	4.948	4.005
Schuldscheindarlehen	44.790	34.635	38.410	36.791	26.796
Sonstige Schulden	10.177	8.381	7.180	6.000	4.791
abzüglich					
Eigenbestand	13.434	17.781	13.339	21.060	27.471
Forderungen aus der Wertpapierleihe	-	-	18	1	30
Fonds "Deutsche Einheit"	39.638	39.441	39.099	38.653	-
darunter					
Anleihen des FDE	9.715	-	-	-	-
Mitschuld Einmalemissionen	25.596	36.269	38.307	37.959	-
Bundesanleihen	11.714	22.315	23.563	23.787	-
Bundesobligationen	10.134	10.134	10.134	9.634	-
Bundesschatzanweisungen	3.748	3.820	4.610	4.538	-
Schuldscheindarlehen	4.464	3.172	793	694	-
abzüglich Eigenbestand	136	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen	19.161	19.400	19.261	18.200	15.066
darunter					
Anleihen des ERP-Sondervermögens	5.624	3.068	-	-	-
Mitschuld Einmalemissionen	4.171	7.220	10.220	10.220	10.220
Bundesanleihen	4.171	7.169	10.169	10.169	10.169
Bundesobligationen	-	51	51	51	51
Schuldscheindarlehen	9.699	9.205	9.042	7.981	4.846
abzüglich Eigenbestand	332	92	-	-	-
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	300
darunter					
Inhaberschuldverschreibungen	290	370	469	402	304
abzüglich Eigenbestand	5	1	0	2	3

Das Schuldenportfolio des Bundes im Jahr 2005 setzt sich nach Instrumenten (ohne Eigenbestände und Forderungen aus der Wertpapierleihe) wie folgt zusammen:

Gesamtverschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen zum Jahresende 2005 in Mio Euro, Anteile in %



3.5 Zinsausgaben des Bundes und seiner Sondervermögen

Der Rückgang der Zinsausgaben von fort. Über die Verteilung der Zinsausgaben nach Instrumenten und Zuordnung zum Bund und einzelnen Sondervermögen gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Tabelle 7: Zinsausgaben des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro (ohne Zinsen für Kassenverstärkungskredite, Agio/ Disagio, Zinsderivate sowie Verwaltungsausgaben)

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Bund inklusive Sondervermögen	41.540	40.826	39.572	38.573	38.362
darunter					
Einmalemissionen	33.904	35.624	35.952	34.923	35.947
Bundesanleihen	26.300	26.849	25.543	24.746	25.703
Bundesobligationen	5.246	5.397	6.304	6.546	6.914
Bundesschatzanweisungen	1.844	2.664	3.302	2.908	2.579
Unverzinsliche Schatzanweisungen	513	714	803	724	752
Privatkundengeschäft	2.572	2.122	1.427	1.190	759
Bundesschatzbriefe	2.428	1.848	1.173	937	510
Finanzierungsschätze	69	75	49	43	22
Bundesobligationen	76	199	205	210	228
Schuldscheindarlehen	4.732	3.602	2.881	2.801	2.602
Inhaberschuldverschreibungen des Entschädigungsfonds	-	-	-	-	24
Sonstige Schulden	1.060	272	172	110	83
abzüglich Eigenbestand	727	795	859	451	1.053
Bund	37.531	37.157	36.513	35.731	37.354
darunter					
Emissionen im Einmalemissionen	31.244	32.823	33.639	32.674	35.453
Bundesanleihen	23.668	24.863	23.871	23.094	25.210
Bundesobligationen	5.230	4.739	5.823	6.066	6.912
Bundesschatzanweisungen	1.833	2.507	3.142	2.791	2.579
Unverzinsliche Schatzanweisungen	513	714	803	724	752
Privatkundengeschäft	2.572	2.122	1.427	1.190	759
Bundesschatzbriefe	2.428	1.848	1.173	937	510
Finanzierungsschätze	69	75	49	43	22
Bundesobligationen	76	199	205	210	228
Schuldscheindarlehen	3.383	2.734	2.135	2.208	2.112
Sonstige Schulden	1.060	272	172	110	83
abzüglich Eigenbestand	727	795	859	451	1.053

Tabelle 7: Fortsetzung

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Fonds „Deutsche Einheit“	2.765	2.433	1.929	1.798	-
darunter					
Mitschuld Einmalemissionen	2.248	2.165	1.746	1.755	-
Bundesanleihen	2.221	1.350	1.108	1.160	-
Bundesobligationen	16	658	478	478	-
Bundesschatzanweisungen	11	157	160	117	-
Schuldscheindarlehen	517	268	183	43	-
ERP-Sondervermögen	1.244	1.236	1.130	1.044	984
darunter					
Anleihen des ERP-Sondervermögens	412	412	207	-	-
Mitschuld Einmalemissionen	-	224	360	494	494
Bundesanleihen	-	224	357	492	492
Bundesobligationen	-	-	3	2	2
Schuldscheindarlehen	832	600	563	550	490
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	24
darunter					
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	24
abzüglich Eigenbestand	-	-	-	-	0

In der Tabelle sind nur die "echten" Zinsausgaben nach Kapitalmarktinstrumenten erfasst. Neben diesen Ausgaben fallen weitere Nebenkosten an, wie z.B. Disagien, also die Differenz zwischen dem Nominalwert und dem Kurswert eines Wertpapiers bei Emission bzw. Kauf, sowie Börseneinführungs-, Makler- und weitere am Markt anfallende Gebühren. Auch im Derivat- und Geldmarktgeschäft fallen weitere Zinseinnahmen und Zinsausgaben an. Ferner zahlt der Bund der Finanzagentur ein Entgelt für die von ihr erbrachten Dienstleistungen im Debt Management.

Eine Übersicht der im Schuldenmanagement des Bundes anfallenden weiteren Kosten ist in der nachfolgenden Tabelle enthalten.

Tabelle 8: Zinsausgaben und Zinseinnahmen des Bundes ohne Sondervermögen im Jahr 2005 nach Geschäftsarten

	in Mio Euro
Ausgaben	37.412
Zinsausgaben für Kreditmarktmittel	37.055
darunter	
Einmalemissionen inklusive Absicherungsgeschäfte	34.185
Zinsen für Kassenverstärkungskredite	370
Disagio (+) / Agio (-)	-137
Sonstige Zinsen	83
darunter	
Medium-Term-Notes (MTN)	20
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	18
bereinigte Auslandsschulden	3
Ausgleichsforderungen DB	41
sächliche Verwaltungsausgaben	41
Kreditbeschaffungskosten	25
Zahlungen an die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH	16
Einnahmen	266
darunter	
aus Geldanlage	266

Die Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen am Kapitalmarkt wurde im Jahr 2005 zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,78 Prozent p.a. (vgl. Tabelle 9) getätigt. Die durchschnittlichen Emissionsrenditen nach

Arten handelbarer Wertpapiere lagen zwischen 2,12 Prozent p.a. (Unverzinsliche Schatzanweisungen) und 3,67 Prozent p.a. (10- und 30-jährige Bundesanleihen sowie eine 5-jährige US-Dollar-Anleihe des Bundes).

Tabelle 9: Emissionsrenditen der Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2001 bis 2005 in %

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Bund inklusive Sondervermögen	4,30	4,01	3,19	3,07	2,78
darunter					
Einmalemissionen	4,42	4,16	3,20	3,11	2,84
Bundesanleihen	5,01	4,85	4,25	4,27	3,67
Bundesobligationen	4,30	4,36	3,21	3,32	2,87
Bundesschatzanweisungen	4,06	3,61	2,48	2,46	2,36
Unverzinsliche Schatzanweisungen	4,13	3,22	2,18	2,04	2,12
Privatkundengeschäft	4,08	3,74	2,36	2,91	2,60
Bundesschatzbriefe	4,06	3,83	3,01	3,23	2,90
Finanzierungsschätze	3,77	3,22	2,08	2,05	2,10
Bundesobligationen	4,37	4,34	3,35	3,33	2,86
Schuldscheindarlehen	3,56	2,59	2,98	3,07	1,54
Eigenbestandsveränderungen	3,44	4,91	4,07	3,84	3,81
Veränderungen der Forderungen aus der Wertpapierleihe	-	-	N.V.	N.V.	N.V.
Bund	3,79	3,45	2,74	2,59	2,34
darunter					
Einmalemissionen	4,42	4,10	3,19	3,10	2,84
Bundesanleihen	5,01	4,84	4,25	4,27	3,67
Bundesobligationen	4,26	4,36	3,21	3,32	2,87
Bundesschatzanweisungen	4,03	3,61	2,46	2,46	2,36
Unverzinsliche Schatzanweisungen	4,13	3,22	2,18	2,04	2,12
Privatkundengeschäft	4,08	3,74	2,36	2,91	2,60
Bundesschatzbriefe	4,06	3,83	3,01	3,23	2,90
Finanzierungsschätze	3,77	3,22	2,08	2,05	2,10
Bundesobligationen	4,37	4,34	3,35	3,33	2,86
Schuldscheindarlehen	1,72	1,06	3,11	3,07	1,54
Eigenbestandsveränderungen	4,30	4,48	4,15	3,84	3,81
Veränderungen der Forderungen aus der Wertpapierleihe	-	-	N.V.	N.V.	N.V.

Tabelle 9: Fortsetzung

Berichtsperiode	2001	2002	2003	2004	2005
Fonds "Deutsche Einheit"	4,38	4,08	2,79	4,25	-
darunter					-
Mitschuld Einmalemissionen	4,36	4,83	2,91	4,28	-
Bundesanleihen	-	4,83	4,05	4,28	-
Bundesobligationen	4,39	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	4,29	3,91	2,60	-	-
Schuldscheindarlehen	4,65	3,32	2,63	2,10	-
ERP-Sondervermögen	4,76	4,68	4,05	-	-
darunter					
Mitschuld Einmalemissionen	4,94	5,14	4,17	-	-
Bundesanleihen	4,94	5,16	4,17	-	-
Bundesobligationen	-	3,93	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	4,97	3,34	-	-	-

Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist der vom Bund und seinen Sondervermögen aufgenommenen Kredite hat sich in den letzten Jahren deutlich verlängert. Sie stieg von 5,9 Jahren Ende 2002 auf 6,3 Jahre Ende 2005. Dies geht vor allem auf den Einfluss der seit 2002 wieder verstärkt emittierten 30-jährigen Bundesanleihen zurück, die es dem Bund erlaubten, die im historischen Vergleich niedrigen Kosten der Kreditaufnahme auf längere Zeit festzuschreiben. Längerfristig verfolgt das Schuldenmanagement des Bun-

des jedoch weiterhin das Ziel, die Kosten der Kreditaufnahme durch verstärkte Übernahme kürzerfristiger Zinsbindungen - vor allem mit Hilfe von Swapgeschäften, bei denen Zinszahlungen unterschiedlicher Fristigkeiten getauscht werden - bei angemessener Risikoverteilung zu senken. Nach Aufnahme des aktiven Swaphandels im Jahr 2003 zeigt dieser mittlerweile einen deutlichen Effekt bei der Berechnung der mittleren Zinsbindungsdauer des Schuldenportfolios (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Zinsbindungsfrist in Jahren des Bundes und seiner Sondervermögen im Zeitraum 2002 bis 2005

Berichtsperiode	2002	2003	2004	2005
Mittlere Zinsbindungsfrist mit Zinsswaps	5,90	6,19	6,11	5,95
bis 3 Jahre	1,18	1,16	1,19	1,17
ab 3 bis 5 Jahre	3,93	3,87	3,89	3,89
ab 5 bis 10 Jahre	7,38	7,29	7,23	7,08
ab 10 bis 30 Jahre	24,77	22,92	22,52	22,27
Mittlere Zinsbindungsfrist ohne Zinsswaps	5,90	6,24	6,30	6,34
bis 3 Jahre	1,18	1,16	1,21	1,20
ab 3 bis 5 Jahre	3,93	3,87	3,89	3,88
ab 5 bis 10 Jahre	7,38	7,32	7,32	7,22
ab 10 bis 30 Jahre	24,77	22,97	22,71	22,61

Im Jahr 2005 wurde am Kapitalmarkt ein Swapvolumen in allen Laufzeitbereichen einschließlich der Gegenswaps zum Schließen von Positionen von insgesamt 66,6 Mrd Euro platziert.

Der Bund setzt gegenwärtig Zinsswaps ein, die jeweils eine geldmarktnahe (i.d.R. 6 Monate) und eine kapitalmarktnahe (2 bis 30 Jahre) Zinsbindung haben. Ferner werden EONIA-Swaps zur Veränderung der Zinsbindungsfristen im Geldmarkt-bereich sowie Zins- und Währungsswaps zur Absicherung von Risiken aus Fremdwährungsanleihen abgeschlossen.

IV. Instrumente und Verfahren des Kreditmanagements

Bundeswertpapiere werden zum größten Teil -2005 in Höhe von 225,6 Mrd Euro- als Einmalemissionen in einem Auktionsverfahren über die Mitglieder der "Bietergruppe Bundesemissionen" abgesetzt⁴. Zum kleineren Teil - 2005 in Höhe von 2,6 Mrd Euro - erfolgte der Verkauf von Bundeswertpapieren als Daueremissionen an private Anleger, entweder über Kreditinstitute oder im Direktverkauf über die Bundeswertpapierverwaltung.

Schließlich schließt die Finanzagentur im Auftrag des Bundes Einzelverträge in Form von Schuldscheindarlehen mit Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und anderen institutionellen Anlegern ab, sofern diese Form der Kreditaufnahme für den Bund einen Kostenvorteil aufweist. Die schon seit Jahren geringe Kreditaufnahme in Form von Schuldscheindarlehen erreichte mit 2,3 Mrd Euro im Berichtsjahr jedoch nur noch 1 Prozent der Bruttokreditaufnahme.

⁴ Die erste US-Dollar-Anleihe des Bundes wurde als einziges Wertpapier im Jahr 2005 über ein Bankensyndikat begeben, vornehmlich um Risiken, welche mit der Erstemission eines neuen Finanzierungsinstruments verbunden sein könnten, zu begrenzen.

4.1 Tenderverfahren

Der weit überwiegende Anteil (98,9 Prozent) der Wertpapieremissionen - Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundeschatzanweisungen sowie Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes - erfolgt im Weg öffentlicher Auktionen, der "Tenderverfahren". Die Transparenz dieses Verfahrens und der freie Zugang zur Bietergruppe stellt eine faire und wettbewerbsorientierte Preisbildung sicher⁵. Über die Zuteilungen von Emissionsquoten bei den Auktionen entscheidet die Finanzagentur gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank nach Billigung des BMF.

Im April 2005 wurde das bislang zur Durchführung der Tender eingesetzte "Automatische Bietungssystem" (ABS) durch das "Bund Bietungs-System" (BBS) ersetzt, das eine schnellere, komfortablere und zuverlässigere Abwicklung der Emissionstender des Bundes ermöglicht.

Gebote können im BBS bis wenige Sekunden vor dem Gebotsschluss abgegeben werden. Das Tenderergebnis wird den Bietern schneller bekannt gegeben als im bisherigen System, so dass das Risiko für die Bieter, durch zwischenzeitliche Marktschwankungen Verluste zu erleiden, deutlich reduziert ist. Das BBS wird von der Deutschen Bundesbank in Zusammenarbeit mit der Finanzagentur zur Verfügung gestellt.

Die Auktionstermine werden zu Jahresbeginn und durch vierteljährlich veröffentlichte Emissionskalender bekannt gegeben. Im Jahr 2005 sind die Auktionen diesen Veröffentlichungen entsprechend durchgeführt worden. Die Emissionsvorausschau für das Jahr 2006 wurde nach Abstimmung mit dem BMF planungsgemäß im Dezember 2005 veröffentlicht.

⁵ Mitglied der "Bietergruppe Bundesemissionen" können gebietsansässige Kreditinstitute, Wertpapierhandelsunternehmen und Wertpapierhandelsbanken gemäß § 1 Abs. 1 sowie Abs. 3 d Satz 2 und Satz 3 KWG und inländische Niederlassungen ausländischer Unternehmen gemäß §§ 53, 53 b, 53 c KWG werden, soweit sie die Erlaubnis zum Betreiben des Emissionsgeschäfts gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG haben. Mitglied werden können weiterhin Kreditinstitute im Sinne des Art. 1 Nr. 1 der Richtlinie 2000/12/EG und Wertpapierfirmen im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 Unterabs. 1 der Richtlinie 2004/39/EG mit Sitz in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, die Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten im Sinne der Nr. 1 bis 6 des Anhang I Abschnitt A dieser Richtlinie erbringen, wenn das Unternehmen von der zuständigen Stelle des Herkunftsstaates zugelassen worden ist, die Geschäfte durch die Zulassung abgedeckt sind, das Unternehmen von den zuständigen Stellen nach den Vorgaben der Richtlinien der Europäischen Union beaufsichtigt wird und nicht von der Anwendung der Richtlinie ausgenommen ist. Unter diesen Voraussetzungen können auch innergemeinschaftliche Zweigstellen von nicht-gemeinschaftlichen Kreditinstituten und innergemeinschaftliche Zweigniederlassungen von nicht-gemeinschaftlichen Wertpapierfirmen im Sinne der oben genannten Richtlinien Mitglied werden. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist in jedem Fall, dass die Geldverrechnung der Tendergeschäfte über ein Girokonto bei einer Filiale der Deutschen Bundesbank und die Belieferung über ein Konto bei der Clearstream Banking AG Frankfurt erfolgen kann.

Eine Bewerbung um Aufnahme in die Bietergruppe ist jederzeit bei der Finanzagentur möglich. Ein Anspruch auf Aufnahme in die Bietergruppe besteht nicht. Von den Mitgliedern der Bietergruppe wird erwartet, dass sie mindestens 0,05 Prozent (ungerundet) der in einem Kalenderjahr in den Tenders insgesamt zugeteilten und laufzeitabhängig gewichteten Emissionsbeträge übernehmen. Mitglieder, die die geforderte Mindestübernahme nicht erreichen, scheiden aus der Bietergruppe aus; spätere Wiederaufnahme ist möglich.

**Tabelle 11: Rangliste der Mitglieder der Bietergruppe
Bundesemissionen 2005**

Rang	Mitglieder der Bietergruppe	Rang	Mitglieder der Bietergruppe
1	Deutsche Bank AG	20	Bayerische Landesbank
2	Morgan Stanley & Co. International Ltd.	21	Norddeutsche Landesbank Girozentrale
3	Dresdner Bank AG	22	Nordea Bank Danmark A/S
4	Citigroup Global Markets Ltd.	23	DekaBank Deutsche Girozentrale
5	Barclays Bank PLC	24	Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
6	BNP Paribas S.A.	25	Nomura Bank (Deutschland) GmbH
7	J.P. Morgan Securities Ltd.	26	Bayerische Hypo- und Vereinsbank
8	ABN AMRO Bank N.V.	27	DZ BANK AG Deutsche Zentral- Genossenschaftsbank
9	Société Générale S.A. Zweigniederlassung Frankfurt am Main	28	BHF-Bank AG
10	Goldman Sachs International	29	Landesbank Baden-Württemberg
11	HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA	30	Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -
12	Lehman Brothers International (Europe)	31	Svenska Handelsbanken AB (publ) Niederlassung Frankfurt
13	Merrill Lynch International	32	Sparkasse Köln Bonn
14	Commerzbank AG	33	Bankgesellschaft Berlin AG
15	WestLB AG	34	Landesbank Sachsen Girozentrale
16	The Royal Bank of Scotland Frankfurt Branch	35	Reuschel & Co. KG
17	UBS Deutschland AG	36	SEB AG
18	Credit Suisse First Boston (Europe) Ltd.	37	HSH Nordbank AG
19	CALYON Deutschland		

Reihenfolge nach dem im Jahr
2005 übernommenen gewich-
teten Zuteilungsbeträgen

4.2 Daueremissionen

Das Privatkundengeschäft, bestehend aus den Emissionen von Bundesschatzbriefen und Finanzierungsschätzen sowie dem Direktverkauf von Bundesobligationen, erreichte 2005 einen Anteil von 1,2 Prozent an der Deckung des Bruttokreditbedarfs. Der Jahresabsatz sank gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd Euro auf 2,6 Mrd Euro. Das Wertpapierangebot des Bundes an Privatkunden - die sog. Daueremissionen - stellt vor allem wegen der Anlagesicherheit eine für den Bund und die privaten Kapitalgeber gleichermaßen attraktive Form des Wertpapierangebots dar.

Bundesschatzbriefe können von natürlichen Personen sowie von gebietsansässigen Einrichtungen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, erworben werden. Finanzierungsschätze können von jedermann erworben werden, ausgenommen von Kreditinstituten. Die Daueremissionen werden ständig zu den jeweils aktuellen, marktgerechten Konditionen zum Verkauf angeboten.

Im Direktvertrieb können Privatpersonen und gebietsansässige Einrichtungen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, seit März 2003 bei der Bundeswertpapierverwaltung außerdem die zuletzt an der Börse eingeführte Bundesobligation spesenfrei erwerben. Die Bundeswertpapierverwaltung legt einem Erwerb geschäftstäglichen den jeweiligen Einheitspreis der Frankfurter Wertpapierbörse als Festpreis zugrunde. Voraussetzung für den Direktwerb ist die Einrichtung eines Schulbuchkontos bei der Bundeswertpapierverwaltung (www.bundeswertpapiere.de).

4.3 Beschaffung kürzerfristiger Liquidität (Kassenverstärkungskredite)

Neben den genannten Verfahren zur Aufnahme von Krediten für die Finanzierung laufender Haushaltsausgaben ist es Aufgabe des Schuldenmanagements, einen angemessenen Bestand kürzerfristiger Liquidität vorzuhalten, die im Lauf eines Haushaltsjahres wegen des Auseinanderfallens von Haushaltseinnahmen und -ausgaben benötigt wird. Dementsprechend weist die Bundeshaushaltsordnung in § 18 diesen so genannten "Kassenverstärkungskrediten" die Aufgabe der "Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft" zu. Die BHO beschränkt die Wahl der für die Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten zulässigen Instrumente auf solche, die "nicht später als sechs Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres, für das sie aufgenommen worden sind, fällig werden" (§ 18 Abs. 2 Ziffer 2 BHO). Da es sich hier, anders als bei Haushaltskrediten, um einen vorzuhaltenden Bestand handelt, kann die Kreditermächtigung für Kassenverstärkungskredite bis zum Erreichen der Obergrenze wiederholt in Anspruch genommen werden.

Im Jahr 2005 wurden Kassenverstärkungskredite in der Form von Tages- oder Termingeldaufnahmen mit 118 Kontrahenten abgeschlossen, davon 81 in- oder ausländische Geschäftsbanken, 43 aus dem öffentlichen Sektor oder andere Finanzierungsagenturen von EU-Staaten. Das Tages- und Termingeldgeschäft erfolgt im Telefonhandel.

Kassenkredite des Bundes können auch in der Form von Wertpapierpensionsgeschäften (Repo-Geschäfte) aufgenommen werden. Ein Wertpapierpensionsgeschäft ist der Verkauf eines Wertpapiers bei gleichzeitiger Verpflichtung des Verkäufers, Wertpapiere gleicher Art und Menge zu einem zukünftigen Zeitpunkt zurückzukaufen, wobei Rückkaufpreis und Zeitpunkt bei Vertragsschluss bereits festgelegt sind. Ein Wertpapierpensionsgeschäft entspricht wirtschaftlich einem mit Wertpapieren besicherten Kredit. Wegen der hohen Bonität der als Besicherung von der Finanzagentur herausgegebenen Bundeswertpapiere bietet das Repo-Geschäft einen deutlichen Kostenvorteil gegenüber dem Tages- und Termingeldgeschäft. Die Sicherheitsleistung wird durch im Eigenbestand des Bundes befindliche Bundeswertpapiere erbracht. Bei dieser 2002 eingeführten Geschäftsart bedient sich die Finanzagentur eines elektronischen Handelssystems.

Andere Formen zur Kassenfinanzierung, wie Bundeskassenscheine, Schatzanweisungen oder Schatzwechsel, hat der Bund in 2005 nicht in Anspruch genommen.

Insgesamt konnte das Kassenmanagement der Finanzagentur die Liquiditätsbedürfnisse des Bundes zu einem Satz erfüllen, der im Durchschnitt des gesamten Haushaltsjahres 2005 um 0,69 Basispunkte unter dem von der Europäischen Zentralbank berechneten durchschnittlichen Tagesgeldzinssatz (EONIA) von 2,09 Prozent lag. Die Höchstbeträge der Kassenkreditinanspruchnahme wie auch Zinsausgaben und Zinseinnahmen aus diesen Geldmarktkrediten sind in der nachfolgenden Tabelle 12 dargestellt.

Tabelle 12: Höchstbeträge der Inanspruchnahme von Kassenkrediten sowie Zinsausgaben und Zinseinnahmen (Ist Stand) im Haushaltsjahr 2005

	in Mio Euro
Kassenverstärkungskredit (§ 2 Abs. 10 Satz 1 HG 2005)	19.681
Wertpapierpensionsgeschäfte (§ 2 Abs. 10 Satz 2 HG 2005)	23.310
Zinsausgaben (Kapitel 3205, Titel 575 21)	370
Zinseinnahmen (Kapitel 3205, Titel 162 12)	266

4.4 Marktpflege in Bundeswertpapieren

Neben der Kreditaufnahme für die Zwecke der Haushalts- und Kassenfinanzierung nimmt die Finanzagentur im Auftrag des Bundes auch am Wertpapierhandel im Sekundärmarkt teil. Dies dient zum einen dem Verkauf von Wertpapieren, die bei einer Auktion zurückgehalten wurden, i.d.R. mit dem Ziel, für diesen Teilbestand durch Ausnutzung von Marktbewegungen einen für den Bund noch günstigeren Kurs zu erreichen. Zum anderen werden aber auch Wertpapiere zurückgekauft, was u.a. dazu dienen kann, die Liquidität am Markt für Bundeswertpapiere zu verbessern.

Darüber hinaus werden Eigenbestände aber auch für Wertpapierpensionsgeschäfte und für Wertpapierleihegeschäfte benötigt.

Durch Marktpflegegeschäfte wird der Bestand der im Eigentum des Bundes befindlichen Wertpapiere auf- bzw. abgebaut. Die Eigenbestände wurden im Jahr 2005 durch Marktpflegegeschäfte und in Folge von planmäßigen Tilgungen im Saldo um 6,4 Mrd Euro erhöht.

Tabelle 13: Veränderung der Eigenbestände des Bundes im Jahr 2005 in Mio Euro

	Nominalbetrag	Begebung	Eigenbestandsveränderungen
Bundesanleihen	58.704	51.924	6.781
Bundesobligationen	34.750	33.721	1.029
Bundesschatzanweisungen	57.000	56.799	201
US-Dollar-Anleihe des Bundes	3.968	3.968	0
= Kapitalmarktinstrumente	154.423	146.411	8.011
Unverzinsliche Schatzanweisungen = Geldmarktinstrumente	71.447	73.048	-1.600
Einmalemissionen insgesamt	225.870	219.459	6.411

Der Aufbau von Eigenbeständen reduziert den Stand der Bundesschuld. Insofern wird vom Stand der Bundesschuld der umlaufenden Wertpapiere des Bundes der Betrag der zum Stichtag vorhandenen Eigenbestände abgezogen. Dieser erreichte zum Jahresende 27,5 Mrd Euro.

**Tabelle 14: Marktpflege bei Wertpapieren des Bundes (ohne Sondervermögen)
Stand 2004/ 2005 in Mio Euro**

	Eigenbestand 31.12.2004	Sonder- quote	Ankauf	Verkauf	Tilgung	Eigenbestands- veränderungen	Eigenbestand 31.12.2005
Bundesanleihen	13.378	11.567	41.972	44.088	2.670	6.781	20.158
Bundesobligationen	3.043	6.441	12.063	17.037	438	1.029	4.072
Bundesschatz- anweisungen	2.166	7.608	8.507	15.649	264	201	2.367
Unverzinsliche Schatzanweisungen	2.475	11.774	723	14.086	11	-1.600	874
Gesamt	21.060	37.390	63.265	90.861	3.383	6.411	27.471
nachrichtlich: Forderungen aus der Wertpapierleihe	1	-	28	-	-	28	30

4.5 Die Institutionen im Kreditmanagement des Bundes

Bundesministerium der Finanzen

Verantwortlich für das Kreditmanagement des Bundes ist das BMF (vgl. § 18 Abs. 2 BHO, § 2 HG). Das Referat "Steuerung und Kontrolle des Schuldenwesens" ist die Schnittstelle zwischen dem Bundeshaushalt und der von dort vorgegebenen Kreditaufnahme einerseits, sowie der

Emissionstätigkeit des Bundes als Kapitalmarktakteur andererseits. Von hier erfolgen Vorgaben zur Strategie für die Kreditaufnahme des Bundes einschließlich Laufzeitstrukturen der Bundesschuld, neue Instrumente - wie z.B. Einführung einer US-Dollar-Anleihe - und zur Gestaltung der Geschäfte mit privaten Kunden.

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH

Die im Herbst 2000 gegründete Finanzagentur nimmt im Namen und für Rechnung des Bundes Kredite zur Finanzierung des Bundeshaushalts auf. Das mit Gründung der Finanzagentur verfolgte Hauptziel ist es, am Kapitalmarkt Zinskostenersparnisse zu erwirtschaften und die Verschuldungsstruktur bei begrenztem Risiko zu optimieren. Die Finanzagentur befindet sich zu 100 Prozent im Besitz des Bundes. Sie ist nach § 13 BWpVwG ermächtigt, die für das Kreditmanagement des Bundes erforderlichen Finanzierungsinstrumente - Bundeswertpapiere, Schuldscheindarlehen, derivative Finanzinstrumente sowie Geldmarktgeschäfte (Aufnahme und Anlage) zum Ausgleich des Kontos des Bundes bei der Deutschen Bundesbank - zu begeben und zu veräußern. Aus diesen Geschäften werden gemäß § 6 Abs. 4 BWpVwG ausschließlich der Bund oder seine Sondervermögen berechtigt und verpflichtet.

Bundeswertpapierverwaltung

Die Aufgaben der Bundeswertpapierverwaltung ergeben sich aus § 2 BWpVwG. Danach ist diese zuständig für die Beurkundung der Bundesschuld, die Ausführung der Zins- und Tilgungsleistungen für bestehende Schulden, die Führung des Bundesschuldbuches und der damit zusammenhängenden Datenerhebung und Unterrichtung des BMF. Außerdem führt sie das operative Privatkundengeschäft durch. Zu der für 2006 vorgesehenen Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung vergleiche Kasten „Das Bundesschuldenwesenmodernisierungsgesetz (BSchuW-ModG)“.

Das Bundesschuldenwesenmodernisierungsgesetz (BSchuWModG)

a) *Fortentwicklung der Rechtsgrundlagen des Bundesschuldenwesens*

Mit Inkrafttreten des Bundeswertpapierverwaltungsgesetzes am 1. Januar 2002 wurden größtenteils die Regelungen des Schuldbuchsrechts und der Bundesschuldenverwaltung, die im Wesentlichen auf vorkonstitutionelles Recht zurückgingen, aufgehoben. Das Bundeswertpapierverwaltungsgesetz nahm eine Neuordnung der Rechtsgrundlagen der Bundeswertpapierverwaltung und der Emission von Bundeswertpapieren vor. Es führte außerdem einzelne Verbesserungen des Schuldbuchsrechts ein und schuf die gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der Finanzagentur. Mit dem Bundeswertpapierverwaltungsgesetz wurde eine entscheidende Verbesserung des Schuldenmanagements eingeleitet.

Während ein Teil des Schuldenmanagements (Beurkundung, Tilgungen, Bundesschuldbuch, darunter Sammel- und Einzelschuldbuch und – außerhalb des Schuldenmanagements – das Gewährleistungsregister) sowie die Verkaufsstelle für Sammlermünzen der Bundesrepublik Deutschland zunächst bei der Bundeswertpapierverwaltung verblieben, wurden andere grundlegende Aufgaben des Schuldenmanagements auf die Finanzagentur übertragen.

Die bisherige Erfahrung hatte gezeigt, dass die Beibehaltung dieses Status quo - ein Nebeneinander von Bundeswertpapierverwaltung und Finanzagentur - nicht die optimale Lösung darstellt.

Es bot sich daher an, Bundeswertpapierverwaltung und Finanzagentur in der Rechtsform einer GmbH grundsätzlich mit dem Ziel zusammenzuführen, die Zahl der am Schuldenmanagement beteiligten Institutionen zu verringern und Schnittstellen abzubauen.

Der Bundestag hat am 19. Mai 2006 den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Schuldenwesens des Bundes (Bundesschuldenwesenmodernisierungsgesetz - BSchuWModG) beschlossen. Das Gesetz schafft die Grundlage für die Zusammenführung der Bundeswertpapierverwaltung mit der Finanzagentur unter dem Dach der Finanzagentur zum 1. August 2006. Es führt damit die mit dem Bundeswertpapierverwaltungsgesetz eingeleitete Neuordnung des Schuldenmanagements des Bundes mit dem Ziel eines Schuldenmanagements aus einer Hand fort.

Das Gesetz ermächtigt in seinem fachlichen Teil, dem Bundesschuldenwesengesetz, das BMF, die im Einzelnen bezeichneten Aufgaben des Schuldenwesens durch Rechtsverordnung auf die Finanzagentur zu übertragen. Neben der von der Finanzagentur bereits wahrgenommenen Kreditaufnahme sind dies insbesondere die bisher von der Bundeswertpapierverwaltung wahrgenommene Verwaltung der Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen und die Führung des Bundesschuldbuches. Im Übrigen enthält das Bundesschuldenwesengesetz Regelungen über die Kreditaufnahme des Bundes, einschließlich der parlamentarischen Kontrolle, sowie das Bundesschuldbuch, die inhaltlich weitgehend den Bestimmungen des Bundeswertpapierverwaltungsgesetzes entsprechen.

Der personalrechtliche Teil, das Bundeswertpapierverwaltungspersonalgesetz, regelt die Verwendung eines Teils des bisherigen Personals der Bundeswertpapierverwaltung in der Finanzagentur. Die betroffenen Beschäftigten werden nach ihrer gesetzlichen Zuweisung an das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen auf Grundlage einer sog. Personalgestellung in der Finanzagentur eingesetzt. Dabei bleiben die dienst- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse zum Bund unberührt.

Fortsetzung: Das Bundesschuldenwesenmodernisierungsgesetz (BSchuWModG)

b) Organisation und Entwicklungsperspektiven für die Finanzagentur

Die Organisation der Finanzagentur richtet sich für den Bereich "Schuldenmanagement" nach den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen "Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)", die insbesondere eine Trennung von Handel und Überwachung vorsehen.

Auf Grund von Synergieeffekten werden einzelne Mitarbeiter, insbesondere im Bereich Organisation, Personal und Haushalt, der Bundeswertpapierverwaltung entbehrlich werden, da durch die Zusammenführung der Aufwand geringer werden dürfte. Dies geht einher mit einem entsprechenden Bedarf des Zentrums für Informationsverarbeitung und Informationstechnik der Bundesfinanzverwaltung (ZIVIT) in Frankfurt.

Der jetzige Leitungsbereich beider Institutionen - gegenwärtig Präsident und Vizepräsident sowie zwei Geschäftsführer - wird auf zwei Geschäftsführer verringert.

Zu den oben beschriebenen Stellenminderungen wird mittel- und langfristiges Einsparpotenzial bei der IT-Programmierung im Schuldenmanagement gesehen. Durch eine einheitliche Steuerung des Privatkundengeschäfts und des Großkundengeschäfts werden Effizienzgewinne angestrebt, die sowohl auf der Kostenseite wie auch auf der Zinsausgabenseite zu einer Verringerung der Zinsausgaben führen. Potentiale zur Kostensenkung soll eine Organisationsuntersuchung offen legen, die kurz nach der Fusion der beiden Organisationen durchgeführt werden soll.

Insbesondere dort, wo die Finanzagentur Aufgaben an Fremdfirmen vergeben hat, sollte in Zukunft verstärkt auf die Personalkapazität der personell größeren IT-Abteilung der Bundeswertpapierverwaltung zurückgegriffen werden. Mit weiterem Einsparpotenzial ist insbesondere aus der Neuorganisation der Geschäftsabläufe im Schuldenmanagement zu rechnen. Dazu dienen die Trennung der Abläufe von Privatkunden- und Großkundengeschäft, das Aufsetzen verbesserter Geschäftsabläufe und eine neue IT-Soll-Konzeption im Debt Management. Die neue Arbeitsorganisation im Zusammenhang mit einer neuen IT-Architektur soll Schnittstellen abbauen und Doppelarbeiten vermeiden helfen. Außerdem soll die Verlässlichkeit der Arbeitsabläufe erhöht werden. Auch eine Ausweitung des Privatkundengeschäfts, sofern dies die Marktgegebenheiten erlauben, sollte grundsätzlich ohne zusätzliches Personal möglich sein.

Deutsche Bundesbank

Die Deutsche Bundesbank, deren grundsätzliche Aufgaben und Stellung im Bundesbankgesetz geregelt sind, unterstützt das BMF in der Wahrnehmung von Aufgaben des Kreditmanagements. So stellt sie insbesondere das Bietungs-Systems (BBS) bereit und wirkt bei der Durchführung und Abwicklung der Auktionen des Bundes mit, führt den Parketthandel im Rahmen der Marktpflege für Bundeswertpapiere durch und hält ein so genanntes Business Continuity Office zur Fortführung wesentlicher Prozesse im Krisenfall vor.

V. Anhang

- 5.1 Übersicht "Bundeswertpapiere auf einen Blick"
- 5.2 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen im Zeitraum 2001 bis 2005
- 5.3 Statistik der Bundesschuld nach dem Stand vom 31.12.2005 (Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen - soweit von der Bundeswertpapierverwaltung (BWpV) verwaltet -)
- 5.4 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel des Bundes ohne Sondervermögen getrennt nach Ursprungslaufzeiten und Restlaufzeiten zum 31.12.2005
- 5.5 Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2005 zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendeten Haushaltseinnahmen des Bundes und seiner Sondervermögen sowie die Schuldenübernahme durch die Deutsche Telekom AG nach der Privatisierung der Postunternehmen
- 5.6 Jährliche Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen in den Jahren 1990 bis 2005 in Mio Euro

5.1: Übersicht „Bundeswertpapiere auf einen Blick“

	Instrumente des Bundes, die sich vorwiegend an Banken und Institutionelle richten		
	Bundesanleihen *	Bundesobligationen	Bundesschatzanweisungen
Emissionsverfahren	Tenderverfahren	Tenderverfahren	Tenderverfahren
Stückelung	0,01 €	0,01 €	0,01 €
Mindestgebot Mindestkaufauftrag	1 Mio €	1 Mio €	1 Mio €
Mindestauftragswert bei Direkterwerb Bundeswert- papierverwaltung	Direkterwerb nicht möglich	110 €	Direkterwerb nicht möglich
Anlagehöchstbetrag	unbeschränkt	unbeschränkt bei Direkterwerb Bundeswertpapier- verwaltung 250.000 € je Käufer und Geschäftstag	unbeschränkt
Zinszahlung	jährlich nachträglich	jährlich nachträglich	jährlich nachträglich
Zinsberechnungsmethode	actual/actual (taggenau)	actual/actual (taggenau)	actual/actual (taggenau)
Laufzeit	10 Jahre, 30 Jahre	5 Jahre	2 Jahre
Rückzahlung	zum Nennwert	zum Nennwert	zum Nennwert
Erwerber	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bieter- gruppe Bundesemissionen)	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bieter- gruppe Bundesemissionen); Direkterwerb Bundeswertpapierver- waltung: natürliche Personen sowie gebietsansässige, gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Einrichtungen	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bieter- gruppe Bundesemissionen)
Verkauf bzw. vorzeitige Rückgabe	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich
Übertragbarkeit auf Dritte	jederzeit	jederzeit	jederzeit
Verkaufsstellen	Kreditinstitute	Kreditinstitute, Bundeswert- papierverwaltung	Kreditinstitute
Lieferung	Wertrechte (Anteile an einer Sammelschuldbuchforderung oder Einzelschuldbuchforderung); keine effektiven Stücke		
Verwahrung/Verwaltung	Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung		
Kosten und Gebühren			
– Erwerb	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Direkterwerb Bundeswertpapier- verwaltung	übliche Bankprovision
– Veräußerung	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision
– Einlösung bei Fälligkeit	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung
– Verwaltung durch			
– Kreditinstitute	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren
– Bundeswertpapierver- waltung	gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei

* ohne US-Dollar Bundesanleihe und inflationsindexierte Bundesanleihe

Instrumente des Bundes, die sich vorwiegend an Banken und Institutionelle richten	Instrumente, die sich vorwiegend an Privatkunden richten		
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	Bundesschatzbriefe	Finanzierungsschätze	
Tenderverfahren	Daueremission	Daueremission	Emissionsverfahren
0,01 €	0,01 €	0,01 €	Stückelung
1 Mio €	50 €	500 €	Mindestgebot Mindestkaufauftrag
Direkterwerb nicht möglich	52 €	500 €	Mindestauftragswert bei Direkterwerb Bundeswertpapierverwaltung
unbeschränkt	unbeschränkt	250.000 je Käufer und Geschäftstag	Anlagehöchstbetrag
Abzinsung (Nennwert-Zinsen=Kaufpreis)	Typ A: jährlich nachträglich Typ B: Zinsansammlung (Auszahlung der Zinsen mit Zinseszinsen bei Rückzahlung des Kapitals)	Abzinsung (Nennwert-Zinsen=Kaufpreis)	Zinszahlung
act/360	actual/actual (taggenau)	actual/actual (taggenau)	Zinsberechnungsmethode
6 Monate	Typ A: 6 Jahre und Typ B: 7 Jahre	1 Jahr und 2 Jahre	Laufzeit
zum Nennwert	Typ A zum Nennwert Typ B zum Rückzahlungswert (= Nennwert + Zinsen)	zum Nennwert	Rückzahlung
jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen)	natürliche Personen sowie gebietsansässige, gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Einrichtungen	jedermann, außer Kreditinstitute	Erwerber
Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	nach dem 1. Laufzeitjahr bis zu 5.000 € (Euroausgaben) + 10.000 DM (DM-Ausgaben) je Gläubiger innerhalb 30 Zinstagen	nicht möglich	Verkauf bzw. vorzeitige Rückgabe
jederzeit	jederzeit auf Erwerbsberechtigte, bei Lastschrifterwerb im Direktverkauf Bundeswertpapierverwaltung erst ab sieben Wochen nach Erwerb	jederzeit auf Erwerbsberechtigte, bei Lastschrifterwerb im Direktverkauf Bundeswertpapierverwaltung erst ab sieben Wochen nach Erwerb	Übertragbarkeit auf Dritte
Kreditinstitute	Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung		Verkaufsstellen
Wertrechte (Anteile an einer Sammelschuldbuchforderung oder Einzelschuldbuchforderung); keine effektiven Stücke			Lieferung
Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung			Verwahrung/Verwaltung
übliche Bankprovision	gebührenfrei	gebührenfrei	Kosten und Gebühren
übliche Bankprovision	vorzeitige Rückgabe: übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	nicht möglich	- Erwerb
übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	gebührenfrei	gebührenfrei	- Veräußerung
Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren	- Einlösung bei Fälligkeit
gebührenfrei	gebührenfrei	gebührenfrei	- Verwaltung durch
			- Kreditinstitute
			- Bundeswertpapierverwaltung

Instrumente des Bundes, die sich vorwiegend an Banken und Institutionelle richten

	Bundesanleihen	US-Dollar Bundesanleihe	Inflationsindexierte Bundesanleihe
Emissionsverfahren	Tenderverfahren	Syndikat	Syndikat
Stückelung	0,01 €	1.000 U.S.\$	0,01 €
Mindestgebot	1 Mio €	–	–
Mindestauftragswert bei Direkterwerb	Direkterwerb nicht möglich	Direkterwerb nicht möglich	Direkterwerb nicht möglich
Bundeswertpapierverwaltung	unbeschränkt	unbeschränkt	unbeschränkt
Anlagehöchstbetrag	jährlich nachträglich	jährlich nachträglich	jährlich nachträglich, auf Basis des indexierten Zinssatzes
Zinszahlung	actual/actual (taggenau)	30/360	actual/actual (taggenau)
Zinsberechnungsmethode	10 Jahre, 30 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
Laufzeit	zum Nennwert	zum Nennwert	abhängig von Inflationsentwicklung, mindestens zum Nennwert
Rückzahlung	jedermann (ex Emission nur Mitglieder der Bietergruppe Bundesemissionen)	jedermann	jedermann
Erwerber	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich	Verkauf am Sekundärmarkt jederzeit möglich
Übertragbarkeit auf Dritte	jederzeit	jederzeit	jederzeit
Verkaufsstellen	Kreditinstitute	Kreditinstitute	Kreditinstitute
Lieferung	Wertrechte (Anteile an einer Sammelschuldbuchforderung oder Einzelschuldbuchforderung); keine effektiven Stücke	Miteigentumsanteil an einem in einer Globalurkunde verbrieften Wertpapiersammelbestand	Wertrechte (Anteile an einer Sammelschuldbuchforderung oder Einzelschuldbuchforderung); keine effektiven Stücke
Verwahrung/ Verwaltung	Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung	Kreditinstitute	Kreditinstitute, Bundeswertpapierverwaltung
Kosten und Gebühren	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision
- Erwerb	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision
- Veräußerung	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision
- Einlösung bei Fälligkeit	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung	übliche Bankprovision	übliche Bankprovision; gebührenfrei bei Bundeswertpapierverwaltung
- Verwaltung durch Kreditinstitute	Depotgebühren	Depotgebühren	Depotgebühren
Bundeswertpapierverwaltung	gebührenfrei	–	gebührenfrei

5.2 Bruttokreditaufnahme, Tilgungen und Zinszahlungen im Zeitraum 2001 bis 2005 in Mio Euro -Angaben nach Abzug der Eigenbestände-

Berichtsperiode	Bruttokreditaufnahme					Tilgungen					Zinszahlungen				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Bund	134.105	179.087	227.999	227.149	224.047	152.455	156.986	186.876	184.620	193.030	37.531	37.157	36.513	35.731	37.354
davon															
Einmalemissionen	122.088	174.253	209.610	224.511	225.558	84.663	123.046	170.410	167.591	175.633	31.244	32.823	33.639	32.674	35.453
Bundesanleihen	36.249	44.400	59.752	58.776	62.673	21.474	36.302	49.595	28.632	29.168	23.668	24.863	23.871	23.094	25.210
Bundesobligationen	18.559	37.131	41.596	35.470	34.438	19.927	24.083	23.239	17.699	26.995	5.230	4.739	5.823	6.066	6.912
Bundesschatz- anweisungen	36.252	44.928	43.462	59.000	57.000	22.000	24.000	40.000	50.000	48.000	1.833	2.507	3.142	2.791	2.579
Unverzinsliche Schatzanweisung	31.028	47.793	64.800	71.265	71.447	21.262	38.661	57.576	71.259	71.470	513	714	803	724	752
Privatkundengeschäft	4.637	4.458	2.425	3.156	2.608	17.030	17.266	11.247	7.615	3.178	2.572	2.122	1.427	1.190	759
Bundesschatzbriefe	1.927	2.301	1.325	1.731	1.346	11.523	10.798	6.346	3.759	1.068	2.428	1.848	1.173	937	510
Finanzierungsschätze	1.244	1.360	841	895	950	1.402	1.407	1.200	1.055	856	69	75	49	43	22
Bundesobligationen	1.466	797	259	530	312	4.104	5.061	3.701	2.801	1.255	76	199	205	210	228
Schuldscheindarlehen	5.336	4.723	11.541	7.186	2.320	15.277	14.878	7.766	8.805	13.009	3.383	2.734	2.135	2.208	2.112
Sonstige	0	0	0	0	0	35.760	1.797	1.200	1.180	1.209	1.060	272	172	110	83
Ausgleichs- forderungen DB	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	41	41	41	41	41
Altschulden, AFW und ELF	0	0	0	0	0	35.468	1.144	1.152	1.137	1.139	897	153	99	43	19
MTN u.a.	0	0	0	0	0	292	653	49	43	70	121	78	31	26	23

Berichtsperiode	Bruttokreditaufnahme					Tilgungen					Zinszahlungen				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Sondervermögen	22.229	24.116	13.42	362	405	22.160	23.989	13.805	1.939	3.639	4.009	3.669	3.059	2.842	1.008
ERP-Sondervermögen	3.137	3.505	3.092	-	-	2.362	3.266	3.231	1.061	3.134	1.244	1.236	1.130	1.044	984
Entschädigungsfonds (EALG)	81	84	100	135	405	-	-	-	204	504	-	-	-	-	24
Fonds															
„Deutsche Einheit“	19.011	20.526	10.232	227	-	19.798	20.723	10.573	674	-	2.765	2.433	1.929	1.798	-
davon															
Anleihen des FDE	-	10.602	1.248	224	-	8.692	9.715	-	-	-	2.221	1.350	1.108	1.160	-
Mitschuld an Bundesobligationen	7.500	-	-	-	-	-	-	-	500	-	16	658	478	478	-
Bundesschatz-anweisungen	3.748	72	4.538	-	-	275	-	3.748	72	-	11	157	160	117	-
Schuldscheindarlehen	7.372	9.716	4.446	3	-	10.831	11.008	6.825	102	-	517	268	183	43	-
Bund und Sondervermögen gesamt	156.334	203.203	241.424	227.511	224.452	174.615	180.976	200.680	186.559	196.668	41.540	40.826	39.572	38.573	38.362

5.3 Statistik der Bundesschuld nach dem Stand vom 31.12.2005 (Schulden und Gewährleistungen des Bundes und seiner Sondervermögen - soweit von der Bundeswertpapierverwaltung (BWpV) verwaltet -)

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</u>		
Finanzierungskredite	900.203.858.757	38.629.789.127
abzüglich Eigenbestände	27.471.464.205	6.411.013.652
abzüglich Forderungen aus der Wertpapierleihe	29.871.459	28.458.808
nachrichtlich:		
Kassenstand (Saldo aus Kassenverstärkungskredit und Geldanlage)	1.178.904.656	-579.385.972
Kassenverstärkungskredit	15.261.954.097	5.458.211.478
Geldanlage	-14.083.049.441	-6.037.597.442
Beitrittsverpflichtungen	2.125.817.737	-412.057.514
Gewährleistungen	229.290.076.396	-551.381.326
Gesamtschuld ohne Eigenbestände, Kassenverstärkungskredite, Beitrittsverpflichtungen und Gewährleistungen (BWpV-verwaltet)	872.702.523.092	32.190.316.666
zuzüglich von der BWpV nicht verwaltete Schulden ⁶	-1.947.795	-1.136.927.227
<u>Gesamtschuld der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Mitschuld des Bundes für den Ausgleichsfonds (LAG)</u>	<u>872.700.575.297</u>	<u>31.053.389.439</u>
<u>SONDERVERMÖGEN</u>		
ERP-SONDERVERMÖGEN		
Finanzierungskredite	15.066.140.412	-3.134.219.232
abzüglich Eigenbestände	0	0
Gewährleistungen	126.098.080	-28.270
<u>Gesamtschuld</u> ohne Eigenbestände und Gewährleistungen	<u>15.066.140.412</u>	<u>-3.134.219.232</u>

⁶ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF) sowie Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe (Quelle: BMF)

A. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDNERN UND SCHULDENGRUPPEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
NACHRICHTLICH⁷		
ZUM STICHTAG 31.12.2005 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DER SONDERVERMÖGEN		
ENTSCHÄDIGUNGSFONDS		
Finanzierungskredite	313.587.295	-504.341.139
Hauptschuld	313.550.257	-504.351.234
Rückstände	37.037	10.096
davon noch nicht ausgereicht	10.008.636	-406.231.856
Zwischensumme	303.578.659	-98.109.283
abzüglich Eigenbestände	3.130.989	1.149.357
<u>Gesamtschuld</u> ohne Eigenbestände	<u>300.447.670</u>	<u>-99.258.640</u>
BUNDESEISENBAHNVERMÖGEN		
Finanzierungskredite	9.840.588.106	-5.889.848.255
<u>Gesamtschuld</u>	<u>9.840.588.106</u>	<u>-5.889.848.255</u>
AUSGLEICHSFONDS (LAG)		
Finanzierungskredite	222.576	-7.704
<u>Gesamtschuld</u>	<u>222.576</u>	<u>-7.704</u>
FONDS "DEUTSCHE EINHEIT"		
Finanzierungskredite	31.286.929.209	-7.365.839.553
<u>Gesamtschuld</u>	<u>31.286.929.209</u>	<u>-7.365.839.553</u>
AUSGLEICHSFONDS STEINKOEHLE		
Finanzierungskredite	153.387.564	0
<u>Gesamtschuld</u>	<u>153.387.564</u>	<u>0</u>
ERBLASTENTILGUNGSFONDS		
Finanzierungskredite	13.431.637.719	-3.834.572.302
Gesamtschuld (BWpV-verwaltet)	13.431.637.719	-3.834.572.302
zuzüglich von BWpV nicht verwaltete Schulden ⁸	-42.415.268	-1.136.927.439
<u>Gesamtschuld</u>	<u>13.389.222.451</u>	<u>-4.971.499.741</u>

⁷ Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld aufgrund des Schuldenmitübernahmegesetzes zum 01.07.1999 und Integration der Schulden des Ausgleichsfonds (LAG) und des Fonds "Deutsche Einheit" zum 01.01.2005

⁸ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</u>		
Finanzierungskredite		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
Anleihen	541.218.253.968	33.504.851.976
30-jährige Anleihen des Bundes	109.000.000.000	12.019.233.263
10-jährige Anleihen des Bundes	428.250.000.000	17.517.364.744
USDollar-Anleihen	3.968.253.968	3.968.253.968
Anleihen des Bundeseisenbahnvermögens	0	0
Anleihen der Treuhandanstalt	0	0
Bundessobligationen	178.500.000.000	6.500.000.000
Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt	265.871.778	-76.576.975
Bundesschatzbriefe	11.125.849.814	309.365.533
Typ A	9.132.058.394	482.172.286
Typ B	1.993.791.420	-172.806.753
Bundesschatzanweisungen	111.000.000.000	9.000.000.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35.817.005.756	-23.107.539
mit einer Laufzeit bis zu 12 Monaten	35.606.005.756	-22.107.539
mit einer Laufzeit über 12 Monate	211.000.000	-1.000.000
Finanzierungsschätze	1.174.218.027	99.840.975
mit einer Laufzeit von 12 Monaten	783.986.226	112.770.774
mit einer Laufzeit von 24 Monaten	390.231.801	-12.929.799
Schuldscheindarlehen	26.795.644.791	-10.688.642.104
des Bundes	14.782.112.028	-347.283.110
des Bundeseisenbahnvermögens	6.005.635.236	-5.889.846.721
des Ausgleichsfonds (LAG)	217.923	-7.704
des Fonds "Deutsche Einheit"	0	-693.509.242
des Ausgleichsfonds Steinkohle	0	0
der Treuhandanstalt	204.516.752	0
des Kreditabwicklungsfonds	0	0
des Erblastentilgungsfonds	5.803.162.852	-3.757.995.327
Summe Mitschuld Sondervermögen	-10.219.667.636	0
<u>Summe Kreditmarktmittel</u>	<u>895.677.176.499</u>	<u>38.625.731.865</u>

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden</u>		
Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank nach dem Umstellungsgesetz (UG), dem Umstellungsergänzungsgesetz (UEG) und dem Bundesbankgesetz (a.F.)	4.160.084.214	0
Zinsfreie Schuldverschreibung nach MILREG G Nr.67	279.762.802	0
<u>Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden</u>	<u>4.439.847.016</u>	<u>0</u>
<u>Auslandsschulden nach dem Londoner Schuldenabkommen</u>		
Dawes - Anleihe Fundierungsausgabe	16.074.351	914.913
Young - Anleihe Fundierungsausgabe	51.293.241	909.187
Preußen - Anleihe	4.831.737	507.532
Kreuger - Anleihe	10.947.529	1.330.541
<u>Auslandsschulden nach dem Londoner Schuldenabkommen</u>	<u>83.146.858</u>	<u>3.662.172</u>
<u>Rückstände Kreditmarktmittel</u>		
Anleihen	590.399	-6.270
Anleihen des Bundes	320.989	-4.736
Anleihen des Bundeseisenbahnvermögens	263.377	-1.534
Anleihen des LAG	4.653	0
Anleihen des FDE	1.380	0
Bundessobligationen	27.045	-19.598
Bundesschatzbriefe	689.634	-87.332
Typ A	388.560	-65.551
Typ B	301.074	-21.781
Bundesschatzanweisungen	0	-2.575
Finanzierungsschätze	169.943	147.646
mit einer Laufzeit von 12 Monaten	150.576	146.196
mit einer Laufzeit von 24 Monaten	19.367	1.450
<u>Rückstände Kreditmarktmittel</u>	<u>1.477.022</u>	<u>31.870</u>

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>Rückstände</u>		
<u>Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden</u>		
Ablösungs- und Entschädigungsschuld	210.391	-296
Ablösungsschuld	121.430	-148
Ablösungsschuld des BEV	384	0
Entschädigungsschuld	88.577	-148
	<u>210.391</u>	<u>-296</u>
<u>Rückstände bei Auslandsschulden nach dem Londoner Schuldenabkommen</u>		
Bereinigte Auslandsschulden des Reichs, Preußen, Koka inkl. nicht zugeteilter und ausgeloster Verfügungsbestände	1.993.390	363.248
Dawes - Anleihe Konversionsausgabe	28.619	3.576
Dawes - Anleihe Fundierungsausgabe	608.293	94.687
Young - Anleihe Fundierungsausgabe	388.253	52.633
Anleihen der Konversionskasse	6.116	409
Preußen - Anleihe Fundierungsausgabe	956.006	210.613
Kreuger - Anleihe	6.103	1.331
Ausl. Bonds, Entschädigungsschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen	7.581	266
ABE Schuldverschreibungen 1960	1.459	195
ABE Schuldbuchforderungen	4.654	71
ABE Schuldbuchforderungen mit Kürzungsrisiko	1.468	0
	<u>2.000.971</u>	<u>363.514</u>

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
Finanzierungskredite	900.203.858.757	38.629.789.127
abzüglich Eigenbestände	27.471.464.205	6.411.013.652
abzüglich Forderungen aus der Wertpapierleihe	29.871.459	28.458.808
<u>Gesamtschuld der Finanzierungskredite (BWpV-verwaltet)</u>	<u>872.702.523.092</u>	<u>32.190.316.666</u>
zuzüglich von der BWpV nicht verwaltete Schulden:	-1.947.795	-1.136.927.227
Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe (Quelle: BMF)	40.467.473	212
Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der THA (Quelle: BMF)	-42.415.268	-1.136.927.439
Ausgleichsforderungen nach §24 DM-Bilanzgesetz	2.645.984	0
Schuldbuchforderungen aus der Übertragung von Grundverm.	38.866	34.736
Verbindlichkeiten aus der Altguthabenablösungsanleihe	1.538.113	-18.369
Verbindlichkeiten aus der Zuteilung von Ausgleichsforderungen g. d. Ausgleichsfonds Währungsumstellung ^{x)}	-9.004.425	-1.138.888.665
Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten ^{x)}	-37.633.807	1.944.859
^{x)} davon offene Verbindlichkeiten:	-46.638.232	-1.136.943.806
<u>Gesamtschuld der Bundesrepublik Deutschland</u>	<u>872.700.575.297</u>	<u>31.053.389.439</u>
<u>nachrichtlich:</u> <u>Kassenstand (Saldo aus Kassenverstärkungskredit und Geldanlage)</u>		
Kassenverstärkungskredit	15.261.954.097	5.458.211.471
Kassenverstärkungskredite am Geldmarkt	3.826.181.422	923.091.711
Kassenverstärkungskredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	9.773.243.684	3.587.960.768
Barsicherheiten für Swapgeschäfte	1.662.528.991	947.158.991
Geldanlage	-14.083.049.441	-6.037.597.442
<u>Kassenstand (Saldo aus Kassenverstärkungskredit und Geldanlage)</u>	<u>1.178.904.656</u>	<u>-579.385.972</u>
<u>Beitrittsverpflichtungen</u>		
Beteiligungs-Schuldscheine	2.125.817.737	-412.057.514
<u>Beitrittsverpflichtungen</u>	<u>2.125.817.737</u>	<u>-412.057.514</u>

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>Gewährleistungen</u>		
Gewährleistungen nach dem Haushaltsgesetz	229.108.204.683	-545.425.194
Gewährleistungen für Ausfuhren	104.863.762.889	1.703.712.786
Kapitalanlagen, ungeb. Finanzkredite und EIB	28.684.870.815	239.977.661
FZ-Verbundfinanzierungen	962.693.424	192.429.715
Gewährleistungen für Bevorratung auf dem Ernährungsgebiet	6.650.000.000	0
Gewährleistungen zug. der Innenwirtschaft	46.451.952.762	-2.546.053.007
Gewährleistungen in Form von Haftungskapital für Internationale Finanz. Institute	40.255.481.232	0
Gewährleistungen für die Treuhandanstalt-nachfolgeorganisationen (§14 HG 1995)	1.239.443.561	-135.492.349
Gewährleistungen nach Sondergesetzen	181.871.712	-5.956.132
Gewährleistungen zu Gunsten des Ausgleichsfonds	0	0
Garantie für Berliner Anleihe von 1958	1.023	0
Gewährleistungen des BEV	181.870.690	-5.956.132
<u>Gewährleistungen</u>	<u>229.290.076.396</u>	<u>-551.381.326</u>
<u>ERP-SONDERVERMÖGEN</u>		
Finanzierungskredite		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
Anleihen des ERP-Sondervermögens	0	0
Schuldscheindarlehen	4.846.472.776	-3.134.219.232
für allg. Aufgaben des ERP-Sondervermögens	3.241.016.269	0
für "DDR-Programm"	1.605.456.507	-3.134.219.232
Mitschuld des ERP-Sondervermögens	10.219.667.636	0
Bundesanleihen	10.168.603.042	0
Bundesobligationen	51.064.594	0
<u>Summe Kreditmarktmittel</u>	<u>15.066.140.412</u>	<u>-3.134.219.232</u>
<u>Gesamtschuld</u>		
<u>ERP-SONDERVERMÖGEN</u>	<u>15.066.140.412</u>	<u>-3.134.219.232</u>
<u>Gewährleistungen</u>		
Gewährleistungen nach Sondergesetzen	126.098.080	-28.270
Gewährleistungen zu Gunsten der Deutschen Wirtschaft durch ERP	0	0
Gewährleistungen nach dem ERP Wirtschaftsplangesetz	126.098.080	-28.270
<u>Gewährleistungen</u>	<u>126.098.080</u>	<u>-28.270</u>

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN**ENTSCHÄDIGUNGSFONDS**

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
Finanzierungskredite	313.587.295	-504.341.139
Hauptschuld	313.550.257	-504.351.234
Rückstände	37.037	10.096
davon noch nicht ausgereicht	10.008.636	-406.231.856
Zwischensumme	303.578.659	-98.109.283
abzüglich Eigenbestände	3.130.989	1.149.357
<u>Gesamtschuld ENTSCHÄDIGUNGSFONDS ohne Eigenbestände</u>	<u>300.447.670</u>	<u>-99.258.640</u>

NACHRICHTLICH:

ZUM STICHTAG 31.12.2005 NOCH BESTEHENDE, BEREITS BEIM BUND AUSGEWIESENE SCHULDEN DES BUNDESEISENBAHNVERMÖGENS, AUSGLEICHSFONDS (LAG), FONDS „DEUTSCHE EINHEIT“

BUNDESEISENBAHNVERMÖGENS

Finanzierungskredite

Kreditmarktmittel

Anleihen	0	0
Schuldscheindarlehen	6.005.635.236	-5.889.846.721
Mitschuld des Bundeseisenbahnvermögens (bis zum 31.12.1998)	3.834.689.109	0
<u>Summe Kreditmarktmittel</u>	<u>9.840.324.346</u>	<u>-5.889.846.721</u>

Rückstände**Kreditmarktmittel**

Anleihen	263.377	-1.534
<u>Rückstände Kreditmarktmittel</u>	<u>263.377</u>	<u>-1.534</u>

**Ausgleichsforderungen und
sonstige Altschulden**

Ablösungsschuld	384	0
<u>Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden</u>	<u>384</u>	<u>0</u>

Gesamtschuld**BUNDESEISENBAHNVERMÖGEN**

	<u>9.840.588.106</u>	<u>-5.889.848.255</u>
--	-----------------------------	------------------------------

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>AUSGLEICHSFONDS (LAG)</u>		
Finanzierungskredite		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
Schuldscheindarlehen	217.923	-7.704
<u>Summe Kreditmarktmittel</u>	<u>217.923</u>	<u>-7.704</u>
<u>Rückstände</u>		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
Anleihen	4.653	0
Anleihen	1.636	0
LAB-Anleihen (Erfüllungsübernahme durch den Bund)	3.017	0
<u>Gesamtschuld AUSGLEICHSFONDS (LAG)</u>	<u>222.576</u>	<u>-7.704</u>
<u>FONDS "DEUTSCHE EINHEIT"</u>		
Finanzierungskredite		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
Anleihen des Fonds "Deutsche Einheit"	0	0
Schuldscheindarl. des Fonds "Deutsche Einheit"	0	-693.509.242
Mitschuld des Fonds "Deutsche Einheit" (bis zum 31.12.2004)	31.286.927.828	-6.672.330.311
Bundesanleihen	23.786.927.828	0
Bundesobligationen	7.500.000.000	-2.134.021.194
Bundesschatzanweisungen	0	-4.538.309.117
<u>Summe Kreditmarktmittel</u>	<u>31.286.927.828</u>	<u>-7.365.839.553</u>
<u>Rückstände</u>		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
	<u>1.380</u>	<u>0</u>
<u>Gesamtschuld</u>		
<u>FONDS „DEUTSCHE EINHEIT“</u>	<u>31.286.929.209</u>	<u>-7.365.839.553</u>

B. ZUSAMMENFASSUNG NACH SCHULDENARTEN

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>AUSGLEICHSFONDS STEINKOHL</u>		
Finanzierungskredite		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
Schuldscheindarlehen	0	0
Mitschuld des Ausgleichsfonds Steinkohle (bis zum 31.12.1998)	153.387.564	0
<u>Gesamtschuld AUSGLEICHSFONDS STEINKOHL</u>	<u>153.387.564</u>	<u>0</u>
<u>ERBLASTENTILGUNGSFONDS</u>		
Finanzierungskredite		
<u>Kreditmarktmittel</u>		
Anleihen der Treuhandanstalt	0	0
Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt	265.871.778	-76.576.975
Schuldscheindarlehen	6.007.679.604	-3.757.995.327
der Treuhandanstalt	204.516.752	0
des Erblastentilgungsfonds	5.803.162.852	-3.757.995.327
Mitschuld des Erblastentilgungsfonds (bis zum 31.12.1998)	7.158.086.337	0
<u>Summe Kreditmarktmittel</u>	<u>13.431.637.719</u>	<u>-3.834.572.302</u>
<u>Gesamtschuld ERBLASTENTILGUNGSFONDS (BWpV-verwaltet)</u>	<u>13.431.637.719</u>	<u>-3.834.572.302</u>
zuzüglich von BWpV nicht verwaltete Schulden ⁹	-42.415.268	-1.136.927.439
<u>Gesamtschuld ERBLASTENTILGUNGSFONDS</u>	<u>13.389.222.451</u>	<u>-4.971.499.741</u>

⁹ Ausgleichsforderungen und sonstige Altschulden der Treuhandanstalt (Quelle: BMF)

C. EIGENBESTÄNDE UND FORDERUNGEN AUS DER WERTPAPIERLEIHE

	STAND (EUR) 31.12.2005	ÄND.GGÜB. 31.12.2004
<u>BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</u>		
<u>Eigenbestand</u>		
Anleihen	20.158.357.451	6.780.841.962
zinsvariable Anleihen des Bundes	0	0
30-jährige Anleihen des Bundes	4.244.349.637	708.823.549
10-jährige Anleihen des Bundes	15.914.003.846	6.072.014.445
USD-Anleihen	3.968	3.968
Anleihen des Bundeseisenbahnvermögens	0	0
Anleihen der Treuhandanstalt	0	0
Bundesschatzanweisungen	4.071.708.070	1.029.140.002
Bundesschatzanweisungen	2.367.126.517	201.307.056
Unverzinsliche Schatzanweisungen	874.272.168	-1.600.275.367
<u>gesamt Eigenbestand</u>	<u>27.471.464.205</u>	<u>6.411.013.652</u>
<u>Forderungen aus der Wertpapierleihe</u>		
Anleihen	25.871.459	24.458.808
30-jährige Anleihen des Bundes	18.000.000	18.000.000
10-jährige Anleihen des Bundes	7.871.459	6.458.808
Bundesschatzanweisungen	4.000.000	4.000.000
Bundesschatzanweisungen	0	0
<u>gesamt Forderungen aus der Wertpapierleihe</u>	<u>29.871.459</u>	<u>28.458.808</u>
<u>gesamt Eigenbestand und Forderungen aus der Wertpapierleihe</u>	<u>27.501.335.664</u>	<u>6.439.472.460</u>
<u>SONDERVERMÖGEN</u>		
<u>ENTSCHÄDIGUNGSFONDS</u>		
Eigenbestände (Marktpflege)	3.130.989	1.149.357
<u>gesamt Eigenbestand ENTSCHEIDUNGSFONDS</u>	<u>3.130.989</u>	<u>1.149.357</u>
nachrichtlich:		
noch nicht ausgereichte Inhaberschuldverschreibungen	10.008.636	-406.231.856

5.4 Emissionsrenditen der Kreditmarktmittel des Bundes ohne Sondervermögen getrennt nach Ursprungslaufzeiten und Restlauf- zeiten zum 31.12.2005 einschließlich Eigenbestände in Mrd Euro

	Ursprungslaufzeiten		Restlaufzeiten	
	Schuldenstand 31.12.2005	Rendite (in v. H.)	Schuldenstand 31.12.2005	Rendite (in v. H.)
insgesamt	895,7	4,20	895,7	4,20
davon				
unter 1 Jahr	35,9	2,17	158,0	3,50
1 Jahr bis unter 2 Jahre	104,8	2,39	132,2	4,01
2 Jahr bis unter 3 Jahre	7,6	2,77	82,6	4,08
3 Jahr bis unter 4 Jahre	0,0	2,80	82,8	3,86
4 Jahr bis unter 5 Jahre	114,0	3,46	79,4	4,18
5 Jahr bis unter 6 Jahre	72,9	4,10	46,6	5,12
6 Jahr bis unter 7 Jahre	5,8	4,32	49,3	4,90
7 Jahr bis unter 8 Jahre	0,9	4,50	43,0	4,12
8 Jahr bis unter 9 Jahre	0,0	3,77	49,1	4,31
9 Jahr bis unter 10 Jahre	278,8	4,65	45,2	3,59
10 Jahr bis unter 12 Jahre	153,6	4,90	14,0	4,43
12 Jahr bis unter 15 Jahre	2,6	4,54	2,9	4,48
15 Jahr bis unter 20 Jahre	4,4	4,69	12,5	5,94
20 Jahr bis unter 25 Jahre	2,5	5,06	47,5	5,73
25 Jahr bis unter 30 Jahre	62,1	5,82	39,3	4,99
30 Jahre und länger	49,6	4,79	11,3	4,05

5.5 Übersicht der in den Jahren 1990 bis 2005 zweckgebunden und zur Schuldentilgung verwendeten Haushaltseinnahmen des Bundes und seiner Sondervermögen sowie die Schuldenübernahme durch die Deutsche Telekom AG nach der Privatisierung der Postunternehmen in Mio Euro

Jahr	Insgesamt nicht anschlussfinanzierte Tilgungen	Einnahmen zu Tilgung von Schulden aus		Übernahme von Schulden der ehemaligen Postunternehmen durch die Deutsche Telekom AG
		Bundesbankmehrgewinn und Sonstiges	UMTS-Erlösen	
1990	1.515	1.515	0	0
1991	647	647	0	0
1992	3.816	3.816	0	0
1993	3.115	3.115	0	0
1994	5.755	5.755	0	0
1995	64.156	1.655	0	62.501
1996	1.696	1.696	0	0
1997	934	934	0	0
1998	11.213	11.213	0	0
1999	11.213	11.213	0	0
2000	18.209	467	17.742	0
2001	37.981	4.917	33.064	0
2002	7.881	7.881	0	0
2003	2.080	2.080	0	0
2004	143	143	0	0
2005	134	134	0	0
gesamt	170.488	57.181	50.806	62.501

5.6 Jährliche Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen in den Jahren 1990 bis 2005 in Mio Euro

Bund und Sondervermögen gesamt

Jahr	Gesamtverschuldung (nach Abzug Eigenbestand und Forderungen aus der Wertpapierleihe)	Kassen- verstärkungskredit	Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkungs- kredit	nachrichtlich:					Kassenstand 8=5+6-7
				Forderungen aus der Wertpapier- leihe	Kassenverstärkungskredit		Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto)	7	
					Kassen- verstärkungskredit	5			
2005	888.067	15.262	903.329	30	13.599	1.663	14.083	1.179	
2004	860.283	9.804	870.086	1	9.088	715	8.045	1.758	
2003	819.331	7.347	826.678	18	7.244	103	6.919	428	
2002	778.588	6.096	784.683	-	6.008	88	22	6.073	
2001	756.361	3.859	760.220	-	3.859	-	1	3.858	
2000	774.642	192	774.834	-	192	-	1.495	-1.303	
1999	764.576	5.755	770.331	-	5.755	-	2.434	3.320	
1998	743.308	2.258	745.566	-	3.555	-	1.179	2.377	
1997	723.474	6.512	729.986	-	8.896	-	3.694	5.203	
1996	692.978	6.515	699.492	-	5.726	-	2.435	3.292	
1995	657.251	2.763	660.014	-	2.763	-	1.726	1.038	
1994	576.997	913	577.909	-	913	-	6.687	-6.687	
1993	545.747	401	546.149	-	401	-	6.659	-6.659	
1992	483.947	2.226	486.173	-	2.226	-	41	2.185	
1991	411.926	25	411.951	-	25	-	5.951	-5.951	
1990	367.437	102	367.539	-	102	-	7.848	-7.848	

Jahr	Gesamtverschuldung (nach Abzug Eigenbestand und Forderungen aus der Wertpapierleihe)	Kassen- verstärkungskredit	Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkung- kredit	nachrichtlich:				Kassenstand 8=5+6-7
				Forderungen aus der Wertpapier- leihe	Kassenverstärkungskredit		Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto)	
					Kassenkredit ohne Collaterals	Collaterals		
1	2	3=1+2	4	5	6	7	8=5+6-7	
2005	872.710	15.262	887.963	30	13.599	1.663	14.083	1.179
2004	803.031	9.804	812.834	1	9.088	715	8.045	1.758
2003	760.501	7.347	767.849	18	7.244	103	6.919	428
2002	719.378	6.096	725.473	-	6.008	88	22	6.073
2001	697.277	3.859	701.136	-	3.859	-	1	3.858
2000	715.627	192	715.819	-	192	-	1.495	-1.303
1999	708.314	5.755	714.068	-	5.755	-	2.434	3.320
1998	487.991	1.818	489.809	-	1.818	-	1.179	639
1997	459.686	3.385	463.071	-	3.385	-	3.384	1
1996	426.026	5.726	431.752	-	5.726	-	2.435	3.292
1995	385.682	1.279	386.962	-	1.279	-	1.726	-447
1994	364.290	-	364.290	-	-	-	6.687	-6.687
1993	350.379	-	350.379	-	-	-	6.659	-6.659
1992	310.224	2.226	312.450	-	2.226	-	41	2.185
1991	299.870	-	299.870	-	-	-	5.951	-5.951
1990	277.217	-	277.217	-	-	-	7.848	-7.848

**Fonds „Deutsche Einheit“,
ab 2005 Schuldmitübernahme durch den Bund**

Jahr	nachrichtlich:									
	1 Gesamtverschuldung (nach Abzug Eigenbestand)	2 Kassen- verstärkungskredit	3=1+2 Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkungs- kredit	4 Forderungen aus der Wertpapier- leihe	Kassenverstärkungskredit		7 Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto)	8=5+6-7 Kassenstand		
					5 Kassenkredit ohne Collaterals	6 Collaterals				
2005	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2004	38.653	-	38.653	-	-	-	-	-	-	-
2003	39.099	0	39.099	-	0	-	-	0	-	0
2002	39.441	-	39.441	-	-	-	-	-	-	-
2001	39.638	-	39.638	-	-	-	-	-	-	-
2000	40.425	-	40.425	-	-	-	-	-	-	-
1999	40.102	-	40.102	-	-	-	-	-	-	-
1998	40.530	-	40.530	-	-	-	-	-	-	-
1997	40.731	-	40.731	-	-	-	-	-	-	-
1996	42.717	-	42.717	-	-	-	-	-	-	-
1995	44.581	-	44.581	-	-	-	-	-	-	-
1994	45.752	-	45.752	-	-	-	-	-	-	-
1993	44.828	-	44.828	-	-	-	-	-	-	-
1992	38.025	-	38.025	-	-	-	-	-	-	-
1991	25.811	-	25.811	-	-	-	-	-	-	-
1990	10.120	-	10.120	-	-	-	-	-	-	-

ERP-Sondervermögen		nachrichtlich:						
		Gesamtverschuldung (nach Abzug Eigenbestand)	Kassen- verstärkungskredit	Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkungs- kredit	Forderungen aus der Wertpapier- leihe	Kassenkredit ohne Collaterals	Collaterals	Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto)
Jahr -	1	2	3=1+2	4	5	6	7	8=5+6+7
2005	15.066	-	15.066	-	-	-	-	-
2004	18.200	-	18.200	-	-	-	-	-
2003	19.261	-	19.261	-	-	-	-	-
2002	19.400	-	19.400	-	-	-	-	-
2001	19.161	-	19.161	-	-	-	-	-
2000	18.386	-	18.386	-	-	-	-	-
1999	16.028	-	16.028	-	-	-	-	-
1998	17.465	-	17.465	-	-	-	-	-
1997	17.205	-	17.205	-	-	-	-	-
1996	17.453	-	17.453	-	-	-	-	-
1995	17.486	-	17.486	-	-	-	-	-
1994	14.338	-	14.338	-	-	-	-	-
1993	14.450	-	14.450	-	-	-	-	-
1992	12.416	-	12.416	-	-	-	-	-
1991	8.344	25	8.369	-	25	-	-	25
1990	4.747	102	4.850	-	102	-	-	102

**Deutsche Bundesbahn und ab 1991 einschließlich
Deutsche Reichsbahn, ab 1994
Bundeseisenbahnvermögen, ab 1999
Schuldmitübernahme durch den Bund***

Jahr	nachrichtlich:											
	Gesamtverschuldung		Kassen- verstärkungskredit		Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkungs- kredit 3=1+2		Forderungen aus der Wertpapier- leihe 4		Kassenverstärkungskredit		Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto) 7	Kassenstand 8=5+6-7
	1	2	3=1+2	4	5	6	7	8=5+6-7				
1998	39.496	-	39.496	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1997	39.499	-	39.499	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1996	39.771	-	39.771	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1995	40.085	-	40.085	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1994	36.475	-	36.475	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1993	30.472	-	30.472	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1992	25.516	-	25.516	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1991	20.761	-	20.761	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1990	24.049	-	24.049	-	-	-	-	-	-	-	-	-

* Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle zur Sicherung des Steinkohle-einsatzes und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld zum 1. Januar 1999 aufgrund des Schuldenmitübernahmengesetzes.

Deutsche Bundespost, ab 1995 Schulden der Deutschen Telekom AG

Jahr	nachrichtlich:							Kassenstand 8=5+6-7	
	Gesamtverschuldung (nach Abzug Eigenbestand) 1	Kassen- verstärkungskredit 2	Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkungs- kredit 3=1+2	Forderungen aus der Wertpapier- leihe 4			Kassenverstärkungskredit		
				Kassenkredit ohne Collaterals 5	Collaterals 6	Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto) 7			
1994	62.501	913	63.413	-	913	-	-	913	
1993	52.830	401	53.231	-	401	-	-	401	
1992	49.851	-	49.851	-	-	-	-	-	
1991	41.608	-	41.608	-	-	-	-	-	
1990	35.835	-	35.835	-	-	-	-	-	

**Kreditabwicklungsfonds, ab 1995
Erblastentilgungsfonds
ab 1999 Schuldmitübernahme durch den Bund***

Jahr	Gesamtverschuldung (nach Abzug Eigenbestand) 1	Kassen- verstärkungskredit 2	Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkungs- kredit 3=1+2	nachrichtlich:					Kassenstand 8=5+6-7
				Forderungen aus der Wertpapier- leihe 4	Kassenverstärkungskredit		Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto) 7		
					Kassenkredit ohne Collaterals 5	Collaterals 6			
1998	155.723	440	156.163	-	440	-	3	437	
1997	164.674	3.127	167.801	-	3.127	-	-	3.127	
1996	165.418	788	166.206	-	788	-	93	695	
1995	168.281	1.484	169.765	-	1.484	-	-	1.484	
1994	52.448	-	52.448	-	-	-	-	-	
1993	51.765	-	51.765	-	-	-	-	-	
1992	46.916	-	46.916	-	-	-	-	-	
1991	14.647	-	14.647	-	-	-	-	-	
1990	14.456	-	14.456	-	-	-	-	-	

* Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle zur Sicherung des Steinkohle-einsatzes und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld zum 1. Januar 1999 aufgrund des Schuldenmitübernahmengesetzes.

Ausgleichsfonds Steinkohle, ab 1999 Schuldmittelübernahme durch den Bund*

Jahr	Gesamtverschuldung (nach Abzug Eigenbestand)	Kassen- verstärkungskredit	Gesamtverschuldung plus Kassenverstärkungs- kredit	nachrichtlich:				Kassenstand 8=5+6-7
				Forderungen aus der Wertpapierleihe	Kassenkredit ohne Collaterals	Collaterals	Geldanlage (einschl. Bundesbank Konto)	
	1	2	3=1+2	4	5	6	7	
1998	2.030	-	2.030	-	-	-	-	-
1997	1.651	-	1.651	-	-	-	-	-
1996	1.589	-	1.589	-	-	-	-	-
1995	1.135	-	1.135	-	-	-	-	-
1994	1.192	-	1.192	-	-	-	-	-
1993	1.023	-	1.023	-	-	-	-	-
1992	999	-	999	-	-	-	-	-
1991	886	-	886	-	-	-	-	-
1990	1.013	-	1.013	-	-	-	-	-

* Integration der Schulden der Sondervermögen Bundeseseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds Steinkohle zur Sicherung des Steinkohle-einsatzes und Erblastentilgungsfonds in die Bundesschuld zum 1. Januar 1999 aufgrund des Schuldenmitübernahmengesetzes.

■ DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN SIND ERHÄLTlich BEI:

Bundesministerium der Finanzen
Referat für Bürgerangelegenheiten
11016 Berlin
Telefon: 0 1888/80 80 800
Telefax: 0 1888/10 80 80 800
buengerreferat@bmf.bund.de

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE

REDAKTION:

VII A 2

BERLIN, MAI 2006



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.